

XIII. Waffen für den Nahen Osten

Wie wir bereits gesehen haben, kreisten die deutsch-israelischen Beziehungen um die drei Eckpunkte diplomatische Beziehungen, Finanzhilfe und Waffen, wobei jeweils einer oder zwei dieser Punkte vom Rest überschattet wurden. Aus Angst vor arabischen Protesten lief der deutsch-israelische Austausch, besonders im militärischen Bereich, in der Regel auf geheimen Kanälen ab. Sämtliche Kontakte mit militärischem Belang umgab ein dichter Schleier der Verschwiegenheit. Für die jüdische Gemeinschaft in Israel war die Geheimhaltung schon seit dem britischen Palästina Mandat Tradition, und auch in der Bundesrepublik, in der die Aufstellung der Bundeswehr auf Kritik im In- und Ausland gestoßen war, war sie längst zur Pflicht geworden. Beide Staaten hatten gute Gründe, über ihre militärischen Abkommen und besonders über die beiderseitige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet strengstes Stillschweigen zu bewahren. Im Gegensatz zu den auswärtigen Diensten beider Länder konnten sich die Verteidigungsministerien eine „einspurige“ Perspektive ohne besondere Rücksicht auf andere Anliegen und Umstände leisten und fanden dadurch bald eine gemeinsame Sprache. Strauß erkannte vor allem die politischen Vorteile dieser Zusammenarbeit, doch seine Mitarbeiter sahen auch den praktischen Nutzen. Auch die Israelis kümmerten sich weniger um ideologische und emotionale Aspekte als darum, „Konkretes zu erledigen“. Durch gemeinsame Sprachregelungen versuchte man der Öffentlichkeit die Rüstungskooperation vorzuenthalten.

Ein weiterer Grund für die Geheimhaltung war das Verhältnis der beiden Verteidigungsministerien zu den Außenministerien. Die Verteidigungsministerien verfolgten offenbar eine eigene Außenpolitik, die nicht immer mit der Politik der dafür eigentlich zuständigen Ministerien übereinstimmte. Während Strauß den Kanzler über seine Schritte, auch die im Zusammenhang mit Israel, auf dem laufenden hielt, machte er sich nicht die Mühe, darüber auch dem Auswärtigen Amt zu berichten.¹ Dieses erfuhr von den Waffengeschäften erst Jahre später. Auch die Beziehungen zwischen dem israelischen Verteidigungs- und dem israelischen Außenministerium waren ausgesprochen frostig. Peres und Meir prallten hart aufeinander. Mit Ministerpräsident Ben Gurion betrieb Peres im Namen des Verteidigungsministeriums eine eigenständige Außenpolitik, ohne das Außenministerium zu konsultieren und oft sogar ausdrücklich gegen dessen Willen.² Das Verteidigungsministerium kaufte und verkaufte Waffen und überließ die Begründung bereits geschaffener Tatsachen dann dem Außenministerium. Peres (und Ben Gurion) maßten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen weniger Bedeutung bei, solange Bonn unter dem Einfluß von Strauß zu Waffenlieferungen bereit war. Er ziehe Kanonen Zylinderhüten (von Diplomaten) vor, soll Peres dazu bemerkt

¹ Vgl. die Beispiele in AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 2, S. 6-12, Dok. Nr. 9, S. 44-48; WOLFF-SOHN, *Neshet l'Israel*; SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 143.

² Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.

haben.³ Strauß und Peres, zwei junge Politiker am Anfang einer kometenhaften Laufbahn, verstanden einander besser als die Beamtenschaft in ihren Ländern. Die Politiker spielten die Hauptrolle, doch die Krisen wurden vor allem von Beamten gemeistert.

1. Die Anfänge des Waffengeschäftes

Weder die jüdische Gemeinschaft des britischen Palästinaamandats noch die Israelis schreckten je davor zurück, Waffen aus deutscher Produktion oder über deutsche Vermittlung zu kaufen. Zahlreiche Einträge in Ben Gurions Tagebuch geben darüber Aufschluß. Bereits 1947, also noch unter der britischen Mandatsregierung und nur zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, benutzte die jüdische Untergrundarmee Haganah deutsche Waffen und führte Verhandlungen mit Deutschen.⁴ Die kleine ums Überleben kämpfende jüdische Gemeinschaft in Palästina litt unter Waffenmangel und einem Waffenembargo. Da sie zudem besser ausgerüsteten arabischen Armeen gegenüberstand, konnte sie es sich nicht leisten, beim Waffeneinkauf wählerisch zu sein. Während des Unabhängigkeitskrieges kauften die Israelis – in der Tschechoslowakei – Messerschmidt-Flugzeuge, Mauser-Gewehre und Maschinengewehre von anderen deutschen Herstellern.⁵ Ab 1951, wenn nicht schon früher, begaben sich Delegationen des israelischen Verteidigungsministeriums auf Einkaufsmission nach Deutschland.⁶ Die vermutlich an alliierten Restbeständen interessierten israelischen Gesandten kauften dort auch Güter für den Bau von Waffenfabriken.

Die Schilumim eröffneten dann neue Perspektiven. Bereits im Februar 1952, also noch vor den Verhandlungen in Wassenaar, reiste ein Experte des israelischen Verteidigungsministeriums nach Deutschland, um mögliche Verwendungen von Schilumimgeldern abzuklären.⁷ Die israelische Rüstungsindustriegesellschaft TAAS war an verschiedenen deutschen Produkten interessiert, und Zwi Dar, der Direktor, stellte schon im März 1952 Bestelllisten zusammen. In den folgenden Jahren sollte er sich sehr oft in der Bundesrepublik aufhalten. Die israelische Armee und das israelische Verteidigungsministerium waren auch im Schilumimplanungsausschuß vertreten. Ein Teil des Nettoerlöses der Schilumimeinfuhren war für den Verteidigungshaushalt vorgesehen. Im Juni 1953 diskutierte Shinnar mit Peres, damals Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, die Finanzierung

³ Interviews mit Asher Ben-Nathan am 18. 8. 1986 und im August 1989; BEN-NATHAN, *Ha-derekh P'kinun ha-yakhasim*.

⁴ Tagebucheintrag Ben Gurions vom 28. 12. 1947 und die Einträge vom 24. 11. 1948 und 30. 1. 1948, BGA, BGD.

⁵ CESKOSLOVENSKO A IZRAEL.

⁶ Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 1. 1948 und vom 16. 10. 1949, BGA, BGD; die Konsularabteilung an die israelischen Vertretungen in London, Paris, Zürich und München betr. die Mission des IMD unter der Tarnung des Landwirtschaftsministeriums vom 27. 5. 1951, ISA, 534/1; Shinnar an den Finanzminister vom 29. 11. 1951, ISA 533/7a.

⁷ Tagebucheintrag Ben Gurions vom 14. 2. 1952, BGA, BGD.

von TAAS-Bestellungen aus Schilumimgeldern.⁸ Die Israel-Mission in Köln beherbergte seit 1953 eine kleine Vertretung des israelischen Verteidigungsministeriums.⁹ In diesen Jahren wurden den alliierten Besatzungstruppen erstmals israelische Rüstungsgüter zum Kauf angeboten. Es ist ein Fakt, daß israelische Vertreter in Westdeutschland schon sehr früh den Handel mit kriegsrelevanten Gütern anvisierten.

Im Herbst 1955 stieß der israelische Offizier Oberst Avigdor Tal zur Israel-Mission in Köln. Zu seinen Aufgaben gehörte die Bestellung von Rüstungsmaterial und das Knüpfen von Kontakten mit der Bundeswehr und westdeutschen Verteidigungspolitikern.¹⁰ Tals Anwesenheit war den westdeutschen Militär- und Zivilbehörden zweifellos bekannt. Die westdeutsche Militärhilfe an Israel setzte 1956 ein.¹¹

Das ägyptisch-tschechoslowakische Waffenlieferungsabkommen führte von 1955 zu panikartigen Reaktionen in Israel. Die Vereinigten Staaten waren nicht daran interessiert, das Wetrüsten im Nahen Osten anzuheizen und rieten Israel, sich auf die Vereinten Nationen zu verlassen. Das europäische Rüstungsangebot war knapp und teuer, und zu den osteuropäischen Märkten hatte Israel keinen Zugang mehr. Das israelische Motto „Waffen aus jeder Quelle“ schloß theoretisch auch den Ostblock mit ein, war jedoch möglicherweise eher taktisch gemeint, um den Westen zu mehr Entgegenkommen zu bewegen.¹² Sehr bald erhielt es aber auch eine konkrete Bedeutung im Hinblick auf Westdeutschland. Das Motto richtete sich vor allem an das heimische Publikum, als wollte man ihm damit sagen, daß man in der Stunde der Not keine Rücksicht auf Gefühle nehmen könne. Es läßt auf einen Gewissenskampf und einen gewissen Stimmungsumschwung bei der damals dominanten Elite Israels schließen.

Der Staat Israel knüpfte, wie bereits erwähnt, zunächst enge Beziehungen zum politischen und militärischen Establishment Frankreichs, das zu jener Zeit mit dem Unabhängigkeitskrieg in Algerien beschäftigt war und indirekt auch gegen die arabischen Verbündeten der algerischen nationalen Befreiungsfront (FLN), allen voran Ägypten, kämpfte. Getreu dem Sprichwort „Der Feind deines Feindes ist dein Freund“ öffnete Paris Jerusalem das Tor. Die Delegation des israelischen Verteidigungsministeriums in Paris agierte als eigenständige diplomatische Mission. Mit französischer Hilfe knüpfte sie auch Beziehungen zu westdeutschen Militärstellen. So entwickelte sich eine Art „strategisches Dreieck“ zwischen den drei Armeen, vor allem zum Vorteil der Israelis.¹³

⁸ Shinnar an den Finanzminister vom 4. 6. 1953, ISA, 588/4.

⁹ PERES, Ha-shlav ha-ba, S. 169.

¹⁰ Ben Gurion an Yitzchak (Tabenkin?) vom 14. 9. 1958, BGA, Correspondence File 1958.

¹¹ Edward B. Lawson, amerikanische Botschaft in Tel Aviv, an den amerikanischen Außenminister vom 7. 2. 1956, USNA, 611.84A/2-756; vgl. DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG. Bd. 1. Teil I, S. 135.

¹² Protokoll der Sitzung des politischen Komitees der Mapai vom 18. 10. 1955, LPA, Protokolle des Politischen Komitees der Mapai; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 8. Sitzung am 8. 10. 1955, S. 67-100.

¹³ Die französischen Dokumente über diese Zusammenarbeit sind immer noch unter Ver-

Einige Wochen nachdem die israelische Regierung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zugestimmt hatte, wollte Außenminister Sharett wissen, ob Westdeutschland Waffen produziere und ob sie mit Schilumimgeldern zu kaufen seien.¹⁴ Dies wirft die Frage auf, welche Rolle Waffen bei Sharetts Entscheidung spielten, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zuzustimmen. Die Dokumente geben darüber keine Auskunft, es bleiben nur Vermutungen: Sharetts Freund Goldmann machte den Vorschlag, diese Quelle anzuzapfen, und fragte auch gleich direkt bei Adenauer nach. Der Bundeskanzler hielt sich in seiner Antwort jedoch streng an das Grundgesetz: keine Waffenausfuhr in Spannungsregionen.¹⁵ Auch das Auswärtige Amt nahm anlässlich einer Beratung über die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Ägypten allgemein zur Waffenausfuhr in den Nahen Osten Stellung. In einem Schreiben der für den Nahen Osten zuständigen Abteilung 3 an den Staatssekretär heißt es unter anderem: „Wir sollten im Nahen Osten alles vermeiden, was uns in Waffenkomplexe verwickeln und uns damit in schwerste politische Belastung bringen könnte.“¹⁶

Diese im Einklang mit dem Grundgesetz stehende Haltung war axiomatisch für die westdeutsche Außenpolitik gegenüber allen Ländern des Nahen Ostens. Doch nur das Auswärtige Amt hielt sich wirklich daran. Andere Ministerien, das Bundesverteidigungsministerium eingeschlossen, nahmen es weniger genau. Dies ist ein besonders deutliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen der Politik des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums. Während des ganzen hier behandelten Zeitraums hielt sich das Auswärtige Amt strikt an sämtliche Abkommen, war aber gleichzeitig, zum Ärger der arabischen Staaten, auch streng auf die Einhaltung des erwähnten Grundsatzes bedacht. Demgegenüber unterstützte das Bundesverteidigungsministerium, angeführt von Franz Josef Strauß und mit bedingter Unterstützung Adenauers, Israel im geheimen, unter Mißachtung des Grundgesetzes und unter Gefährdung der Beziehungen zu den arabischen Staaten. Man kann sagen, daß es sich bei der Achse Strauß – Adenauer um persönliche Entscheidungen handelte, während bei von Brentano die Beamten die Hauptrolle spielten. Wie bereits dargelegt, ließen sich Strauß und Adenauer im Gegensatz zu von Brentano, dem es vor allem um die internationale Isolierung der DDR ging, von globalstrategischen Überlegungen leiten. Die militärische Zusammenarbeit diente offensichtlich als Ersatz für diplomatische Beziehungen. Sie wurde mit äußerster Vorsicht getätigt, um unerwünschte Interventionen zu vermeiden. Der arabische Protest konnte die Geschäfte leicht zum Scheitern bringen.

Die dem sozialdemokratisch regierten Israel positiv gegenüberstehende deutsche Sozialdemokratie war überwiegend pazifistisch eingestellt und sprach sich grundsätzlich gegen die Ausfuhr von Waffen aus. Die Bundesrepublik sollte sich nach den Vorstellungen der SPD solcher todbringender Geschäfte enthalten.

schluß. Ich bedanke mich bei Dr. Dominique Trimbur aus Metz, Frankreich, für die Information zu diesem Thema.

¹⁴ Sharett an Zeev Scheck vom 29. 2. 1956, ISA, 2418/2.

¹⁵ Bericht vom 25. 1. 1957, ISA, 3099/25.

¹⁶ Aufzeichnung der Abt. 3 vom 22. 6. 1956, PA, 316, 84.00–92.19.

Doch in den sechziger Jahren begann sich auch diese Partei mit der Realität abzufinden. Innerhalb der SPD wirkte zudem eine proarabische Lobby. Man denke etwa an Hans-Jürgen Wischniewski. Doch auch von Fritz Erler und Helmut Schmidt sind Äußerungen festgehalten¹⁷, die nicht ganz nach israelischem Geschmack waren.

Die Nahostpolitik von Adenauer und Strauß war von Meinungsverschiedenheiten mit Washington und von Mißtrauen gegenüber den Amerikanern geprägt. Man wollte sich im Nahen Osten nicht nur auf eine Seite verlassen. Hat das westdeutsche Mißtrauen gegenüber den USA und der wirtschaftliche Wettbewerb mit anderen westlichen Staaten zu einer zweiseitigen westdeutschen Politik bzw. zu Quidproquo-Arrangements der Bundesrepublik auch im Nahen Osten beigetragen? Eine solche Politik wäre insofern nicht zwangsläufig antiisraelisch gewesen, als daß man damit schlicht bezweckt haben könnte, die Region zu beruhigen. Das Auswärtige Amt rechtfertigte seine Israel-Politik jedenfalls sehr häufig mit diesem Argument. Da alle beteiligten Seiten ihre geheimen Dokumente noch unter Verschuß halten, muß sich der Forscher in dieser Sache mit Mutmaßungen begnügen.

Ben Gurion und Peres haben die Denkweise von Adenauer und Strauß offensichtlich durchschaut und sie zum israelischen Vorteil ausgenutzt. Der Verlaß auf die Bundesrepublik als „Helfer in der Not“ erforderte jedoch eine gewisse Umstellung in der israelischen Perzeption des westdeutschen Staates. Ben Gurion und Peres sprachen deshalb oft von einem „gewandelten Deutschland“, das sich für den freundschaftlichen Umgang mit Israel entschieden habe. Die Rüstungsgeschäfte waren ein Beispiel dafür. Somit rechtfertigte das Motto „Waffen aus jeder Quelle“ sicher auch Rüstungsgeschäfte mit der Bundesrepublik, die nun in israelischen Augen einen legitimen Ausweg in der Not darstellte.

Der Suezfeldzug führte die Ben Gurion nahestehenden Kreise zur Einsicht, daß auf die Vereinigten Staaten in Krisenzeiten kein Verlaß sei. Auch Adenauer und Strauß waren über die proägyptische und antieuropäische Haltung Eisenhowers verärgert und warfen dem amerikanischen State Department Ignoranz vor.¹⁸ Ben Gurion und Peres waren sich in dieser Angelegenheit einig mit Adenauer und Strauß. Aus dem während der Suezkampagne über Israel verhängten Embargo folgerte man in Jerusalem, daß es höchst unklug wäre, mögliche Anbieter von Waffen a priori auszuschließen und sich auf einen einzigen Lieferanten zu verlassen. Israel lag nicht nur geographisch eng an Europa, sondern war auch durch vielfältige Beziehungen eng mit dem Alten Kontinent verflochten. Der Suezfeldzug lehrte auch die Europäer, sich weniger auf die USA zu verlassen, und schon bald darauf leitete Charles de Gaulle eine eigenständige Europapolitik, verbunden mit

¹⁷ Von Erler sind zudem undiplomatische Bemerkungen über Soldaten der Waffen-SS bekannt. Zum mehrschichtigen Verhältnis der SPD zu Israel vgl. die ausgezeichnete Studie von SHAFIR, *Ha yad ha-muscheteth*.

¹⁸ BARING, *Sehr verehrter*, S. 200; Fischer an Golda Meir vom 25. 7. 1958, ISA, 5934/24; SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2, S. 301–303; Aufzeichnungen vom 6. 11. 1956 und vom 17. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69; von Brentano an Adenauer vom 2. 11. 1956, BArch, N 1230, Bd. 156; Aktennotiz zur Vorstandssitzung vom 12. 11. 1956, ACDP, VIII-001–1502/2; Eisenhower Library, White House Files, Office of the Staff Security, L. Arthur Minnich Series, Nov. 1956, 15. 11. 1956.

der Distanzierung von den USA, ein. Im Zuge dieser Politik rückte Israel näher an Frankreich und die Bundesrepublik heran. Da die beiden westeuropäischen Staaten gemeinsam an der Entwicklung von Waffensystemen arbeiteten, war es für Israel sinnvoll, sich an diesen Projekten zu beteiligen, was von französischer Seite auch gefördert wurde. Auch in Frankreich herrschte zwischen den Militärs und den Diplomaten nicht das beste Verhältnis. Französische Diplomaten machten ihre Kollegen vom Auswärtigen Amt darauf aufmerksam, daß sich in Paris etwas „zusammenbraue“, und forderten sie auf, der Sache auch in Bonn nachzugehen.¹⁹ Das Bundesverteidigungsministerium sprang für das Auswärtige Amt ein. Freundliche Soldaten ersetzten kühle Diplomaten. Die Vorteile für Israel waren offensichtlich. Die Vertretung des israelischen Verteidigungsministeriums in Paris war auch für die Bundesrepublik zuständig, und dieselben Vertreter verhandelten mit beiden Staaten.

Während des Suezfeldzuges erbeutete Israel große Mengen sowjetischer Waffen. Allein der Umfang der erbeuteten Waffenlager war eine böse Überraschung für den Westen. Zumindest die westdeutschen Politiker waren bereit, sich über die Bedeutung einer solchen Menge von sowjetischen Waffen in Ägypten Gedanken zu machen. Shinnar machte Adenauer am 3. November 1956 mit Einzelheiten über die erbeuteten Waffen vertraut.²⁰ Die sowjetischen Waffen weckten außerdem das Interesse westlicher Militärexperten, und Israel stellte der Bundesrepublik eine Auswahl solcher Waffen zu Prüfungszwecken zur Verfügung.²¹

Informationen über militärische Kooperation zwischen Israel und der Bundesrepublik gelangte schon sehr früh an arabische Stellen, wurden jedoch offensichtlich noch nicht richtig interpretiert.²² Die ursprüngliche Initiative für den beiderseitigen Waffenhandel kam von israelischer Seite. Die Produktion kleinerer Waffen begann schon in der Mandatszeit. Als nach dem Krieg der Waffenmangel des neugegründeten jüdischen Staates deutlich wurde, und als man befürchtete, andere Staaten könnten aufgrund der steigenden Spannung in der Region mit Lieferungen zögern, beschloß man die Eigenversorgung zu fördern. Israelische Vertreter im Ausland interessierten sich für Herstellungslizenzen und Maschinen, auch in Deutschland. In israelischen Rüstungsbetrieben standen auch deutsche Maschinen. Bereits 1953 versuchte Israel Waffen aus eigener Produktion im Ausland zu verkaufen.

Über die ersten Kontakte mit Waffenkäufern auf deutscher Seite ist nichts bekannt. Die ersten Verhandlungen, deren Urheberchaft von Shinnar beansprucht werden, fanden in den Jahren 1956 und 1957 statt. Ganz nach diplomatischen Gepflogenheiten wandte sich Shinnar in dieser Sache zuerst an den Leiter der politi-

¹⁹ Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland an das AA vom 8. 1. 1958, PA, 708, 81.00/0, 92.19; vgl. auch MA'ARIV (Tel Aviv) vom 4. 7. 1957; bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Israel, Frankreich und der Bundesrepublik im Bereich der Militärforschung: Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 6., 7. 7. und 29. 12. 1957, BGA, BGD.

²⁰ Shinnar an Ben Gurion vom 4. 11. 1956, ISA, 2543/11; vgl. auch den Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11. 1. 1958 zur Übergabe von 160 Photographien von erbeuteten Waffen an Adenauer, BGA, BGD.

²¹ DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134.

²² Vermerk von v. Richthofen, Djedda, vom 22. 1. 1957, PA, 708, 84.04, 92.19.

schen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Grewe, der ihn an einen „Mann mit zunehmendem Einfluß“, an Strauß, weiterleitete.²³ Shinnar traf den Minister am 19. März 1957 und überreichte ihm bei dieser Gelegenheit eine israelische Maschinenpistole des Typs „Uzi“. Strauß leitete die Waffe an die Bundeswehr zur Prüfung weiter. Shinnars nächstes Telegramm an seine Vorgesetzten in Jerusalem erwähnte auch die Namen Peres und Dar. Strauß wollte wissen, was Israel noch zu bieten habe, und forderte Shinnar auf, ihn öfter zu konsultieren.²⁴

2. Erste Abkommen über Waffenlieferungen

Das erste aktenkundige Treffen zwischen Strauß und Peres fand am 4. Juli 1957 statt.²⁵ Danach trafen sich die beiden Politiker noch mehr als zwanzig Mal. Das dramatischste Treffen zwischen ihnen fand, wie bereits erwähnt, Ende Dezember 1957 im Wohnhaus von Strauß in Rott am Inn statt. Im Verlaufe der mehrstündigen intensiven Begegnung in häuslicher Atmosphäre, an der neben Peres u. a. der israelische Armeechef Chaim Laskow und Oberst Tal teilnahmen, diskutierten die Anwesenden, kulinarisch verwöhnt von Straußens' Ehefrau, die Außenpolitik ihrer beiden Staaten, vertieften sich in eine philosophische Diskussion über die Vergangenheit und einigten sich auf ein Abkommen über westdeutsche Militärhilfe an die israelischen Streitkräfte. Dieses Abkommen sah – sofern Adenauer zustimmte – kostenlose Waffenlieferungen sowie die Ausbildung israelischer Soldaten an den neuen Waffen durch die Bundeswehr vor. Außerdem war der Abschluß über den Kauf von U-Booten ebenso vorgesehen wie eine Vereinbarung über die Ausbildung israelischer Soldaten an diesen Schiffen. Darüber hinaus soll Strauß seinen israelischen Gästen mitgeteilt haben, daß ihn Adenauer gebeten habe, von Brentano in sämtlichen israelischen Angelegenheiten zu ersetzen. Des weiteren soll Strauß seine Gesprächspartner auch über die freundliche Haltung der NATO und die reservierte Einstellung der USA gegenüber dem Staat Israel informiert und die Israelis darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien den israelischen Interessen zugute komme. Peres faßte die Haltung von Strauß gegenüber Israel wie folgt zusammen: Der deutsche Minister empfinde starke Abneigung gegenüber den Russen und fürchte sich vor ihrem Einfluß. Der israelischen Armee bringe er großen Respekt entgegen und messe der Wahrung europäischer Interessen im Nahen Osten und in Afrika besonders große Bedeutung bei.²⁶

²³ Shinnar an Eytan vom 25. 2. 1957, ISA, 3099/26.

²⁴ Fernschreiben Shinnars an Ilsar vom 19. 3. 1957, ISA, 3099/25; vgl. DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134–135.

²⁵ Shinnar an Meir vom 13. 6. 1957, ISA, 3309/25; Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 6. und 7. 7. 1957, BGA, BGD.

²⁶ Tagebucheintrag Ben Gurions vom 29. 12. 1957, BGA, BGD; vgl. auch STRAUSS, Erinnerungen, S. 341–45; BLASIUS, Geschäftsfreundschaft, S. 187–89; DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134–43; PERES, Kela'at, S. 54–59; Interview mit Ben-Nathan im August 1989; Grewe an die Botschaften in den arabischen Hauptstädten vom 28. 12. 1957, PA, 316, 84.00, 92.19; Becker, Kairo, an das AA vom 27. 12. 1957, PA 316, 84.00, 92.19;

Die Regierungskrise in Israel, zu der es im Vorfeld des Treffens zwischen Strauß und Peres gekommen war, führte zu einer Knessetdebatte über die Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland und über Waffenkäufe in diesem Land. Ben Gurion bekräftigte seine traditionelle Haltung, wonach Israel die Waffen dort kaufen müsse, wo sie erhältlich seien, und daß Deutschland sich gewandelt habe. Zudem informierte er seine Zuhörer darüber, daß der Verteidigung Israels zusätzlich zu den konventionellen Luft-, Land- und Seestreitkräften eine weitere Dimension zur Verfügung stehen würde. Die Waffen dieser neuen Dimension seien in der Bundesrepublik erhältlich, weshalb er beabsichtige, entsprechende Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung zu führen. Die Worte des Premiers verursachten Verwirrung in der Bundesrepublik und anderswo. Es kam zu wilden Pressespekulationen über die Art der mysteriösen Waffe und den Stand der Verhandlungen. Die westdeutsche Presse und Diplomatie dementierten, daß in der Bundesrepublik „solche Waffen“ hergestellt würden, und wiesen auf das im Grundgesetz festgeschriebene Ausfuhrverbot hin. Die Bundesrepublik, hieß es, übe bei der Waffenausfuhr äußerste Zurückhaltung. Das Auswärtige Amt dementierte die ganze Angelegenheit umgehend in Depeschen an die Vertretungen in den arabischen Hauptstädten und äußerte Verwunderung über die Verlautbarungen Ben Gurions.²⁷

Das Rüstungsabkommen von Rott am Inn setzte sich aus mehreren Teilen zusammen. Während die Lieferung kleinerer Waffen aus Überschußbeständen im Rahmen eines Mini-Leasingprojekts schon bald einsetzte, konnte der Vertrag über die Lieferung schwerer Waffen erst 1962 zum Abschluß gebracht werden. Peres bemerkte anerkennend, daß die bis dahin nicht gerade verwöhnte israelische Armee frisch geöltes und gut verpacktes Gerät erstklassiger Güte erhalte. Israel sparte Millionen von Dollars und erhielt Zugang zu Gütern, die zum Teil auf dem freien Markt gar nicht erhältlich waren. Zum wirtschaftlichen Nutzen gesellte sich also auch der militärische Vorteil.²⁸

Nach kurzer Zeit entwickelte sich zwischen den beiden Ländern ein schwungvoller Handel mit Rüstungsgütern, über den weder das Auswärtige Amt noch das israelische Außenministerium informiert waren. Strauß traf Peres am 2. März 1960 in Paris zu einer weiteren geheimen Unterredung. Ben Gurion, auf dem Weg in die USA, ließ Peres freie Hand für die Ausarbeitung eines weiteren Abkommens mit Strauß.²⁹ Der israelische Ministerpräsident äußerte sich in seinem Tage-

Nahostabteilung an die britische Botschaft in Bonn vom 30. 12. 1957, PRO, FO 371/134275, V.R. 10318/1.

²⁷ Tagebucheinträge Ben Gurions vom 17., 19. und 24. 12. 1957, BGA, BGD; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr], 380. Sitzung am 24. 12. 1957, Interpolation Nr. 539; Dementi des AA zur Erklärung von Ben Gurion vom 27. 12. 1957; Vermerk von Dr. Voigt vom 27. 12. 1957, PA, 84.00, 92.19; Weber, Damaskus, an das AA vom 30. 12. 1957; Schirmer, Kairo, an das AA vom 30. 12. 1957, PA, 316, 94.00, 92.19; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Nahostabteilung vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR10318/4; Fernschreiben von Tavor an Shinnar betr. der deutschen Presseberichte vom 28. 12. 1957, ISA, 3309/25; Ben Gurions Ansprache im Protokoll der Sitzung des Mapai Zentralkomitees vom 30. 12. 1957, LPA, Protokolle des Zentralkomitees der Mapai.

²⁸ PERES, Kelaa david, S. 57.

²⁹ Tagebucheintrag Ben Gurions vom 6. 3. 1960, BGA, BGD.

buch an mehreren Stellen äußerst befriedigt über Peres' Deal. Ob Adenauer mit Strauß auch so zufrieden war, ist fraglich. Mindestens ein israelischer Diplomat berichtete über Adenauers Bedenken und über dessen Wunsch, über die geheimen Geschäfte „nicht informiert zu werden“.³⁰ Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden den beiden Regierungschefs jedenfalls zur Kenntnis gebracht, wie der Waldorf-Astoria-Gipfel vom 14. März 1960 zeigt.

Die Suche nach neuen Märkten für die Produkte der israelischen Rüstungsindustrie war mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden. Das israelische Verteidigungsministerium war daran interessiert, den Verkauf von leichten Waffen auf möglichst viele Märkte auszudehnen, was zu Konflikten mit dem Außenministerium führte. Am 3. Juli 1959 stellte die Asien- und Afrikaabteilung des Außenministeriums in einer Botschaft an die israelischen Vertretungen auf diesen beiden Kontinenten klar, daß die „Rüstungsgeschäfte auf rein kommerziellen, militärtechnischen Erwägungen beruhen und keineswegs eine politische Identifikation mit Kolonialstaaten darstellten“.³¹ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ministerien veranlaßten das Kabinett mehrmals, sich dieser Waffengeschäfte anzunehmen. Das israelische Außenministerium warf dem Verteidigungsministerium vor, politischen Schaden zu verursachen, worauf Ben Gurion am 5. März 1958 in einem scharfen Brief an Peres jeglichen Waffenverkauf ohne seine Zustimmung untersagte und betonte, daß der Waffenverkauf auch ein politischer Faktor und nicht nur eine kommerzielle Angelegenheit sei.³² Doch Peres hielt an seiner Taktik fest, und israelische Waffen tauchten weiterhin an allen möglichen und unmöglichen Orten auf. Am peinlichsten war angesichts der erklärt antirassistischen und antikolonialistischen Haltung der israelischen Regierung die Enthüllung über die Ausrüstung portugiesischer Soldaten in Angola mit Uzi-Maschinenpistolen. Die Angola-Affäre fügte dem Ansehen Israels in Afrika enormen Schaden zu. Untersuchungen zufolge waren die Waffen über die Bundesrepublik nach Portugal gelangt. Es kam zu Protesten der israelischen Opposition, der linken Koalitionsparteien und der Öffentlichkeit. Die Angola-Affäre verkörperte die schlimmste erdenkliche Kombination: Deutsche geben israelische Waffen an portugiesische Kolonialisten weiter, um damit den afrikanischen Freiheitskampf niederzuschlagen.³³

Das deutsch-israelische Waffenabkommen enthielt keinerlei Bestimmungen über den Wiederverkauf von Rüstungsgütern, und die Bundesregierung wies die Enthüllungen zunächst als DDR-Propaganda zurück. Untersuchungen zeigten dann aber, daß die Bundesrepublik in Israel 50 000 Uzi-Maschinenpistolen bestellt

³⁰ Fischer an den Generaldirektor vom 2. 7. 1959, ISA, 3099/24.

³¹ Die Abteilungen für Asien und Afrika an die Vertretungen in Asien und Afrika vom 3. 7. 1959, ISA, 3099/24.

³² Der Verteidigungsminister an den Generaldirektor vom 5. 3. 1958, ISA, 7224/55/a.

³³ KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 284. Sitzung am 8. 6. 1961, „Die Nachricht vom Ankauf israelischer Waffen durch Deutschland für Portugal“, S. 1917–1923; Fernschreiben von Meroz, Jerusalem, an die Außenministerin Meir in Kopenhagen vom 1. 6. 1961; dringliches und vertrauliches Fernschreiben von Katriel Katz, Jerusalem, an Ben Gurion in London vom 4. 6. 1961, ISA 4323/3.

hatte, jedoch nur 40 000 benötigte und den Rest an Portugal weiterverkauft hatte. Bonn bestritt, Waffen in Spannungsregionen verkauft zu haben und Botschafter Hasso von Etdorf gab zu Protokoll: „Die Bundesregierung hat nichts damit zu tun.“³⁴ Beide Seiten wuschen ihre Hände in Unschuld. In Israel sorgte die Affäre für neuen Zündstoff in der öffentlichen Debatte über den Waffenhandel mit der Bundesrepublik.

In Rott am Inn hatte man sich auf weitere Gespräche über schwere Waffen und Transportmittel geeinigt.³⁵ Ein Teil dieser Verhandlungen wurde am 2. März 1960 in Paris zum Abschluß gebracht und auf dem Waldorf-Astoria-Gipfel bestätigt. Die übrigen Punkte kamen am 8. Juni 1962 in der Unterredung zwischen dem Bundeskanzler und Peres zur Sprache.³⁶ Peres überreichte Adenauer ein Schreiben von Ministerpräsident Ben Gurion, worin die militärischen Bedürfnisse Israels allgemein umschrieben waren. Den Rest legte Peres dem Bundeskanzler mündlich dar.³⁷

Wie der israelische Journalist Mati Golan zu berichten weiß, einigten sich Peres und Strauß mit Adenauers Zustimmung in weiteren Verhandlungen auf die Lieferung von Helikoptern, Transportflugzeugen, Flugabwehrkanonen, Haubitzen, Patrouillenbooten, U-Booten und Panzerabwehrraketen an Israel. Man darf aber davon ausgehen, daß das Abkommen, möglicherweise auf amerikanische Initiative, auch Boden-Luft-Raketen vom Typ „Hawk“ umfaßte.³⁸ Weitgehend bestätigt werden diese Angaben durch eine Liste, die Peres Strauß und Staatssekretär Carstens anläßlich eines Treffens überreichte. Der Gesamtwert des Geschäfts belief sich auf 240 Millionen Dollar.³⁹ Die Finanzierung sollte durch den Bundeshaushalt gedeckt werden, und zur Überwachung des Geschäfts wurde ein parlamentarischer Sonderausschuß aus je zwei Abgeordneten der drei großen Fraktionen eingesetzt.⁴⁰ Das Abkommen war strenger Geheimhaltung unterworfen, Einzelheiten sickerten aber trotzdem durch. Im Juni 1964 wurde der Sonderausschuß um je ein weiteres Fraktionsmitglied aufgestockt. Während eines Besuches in Israel im Juni 1963 sagte Strauß, er fühle sich geehrt, zu Israels Verteidigung beizutragen.⁴¹ Peres zufolge entsprach der deutsche Beitrag etwa der französischen Hilfe an Israel. Der deutsche Beitrag zu Israels Sicherheit stand aber, wohl gemerkt, im Gegensatz zur offiziellen Politik der Bundesrepublik.⁴²

³⁴ Von Etdorf an die Vertretungen der Bundesrepublik in arabischen Staaten, Afrika und bei der NATO vom 8. 6. 1961; Fernschreiben von v. Etdorf an die Botschaft in Accra, Ghana, vom 30. 6. 1961, PA, 84.00–84.20, 92.19.

³⁵ MA'ARIV (Tel Aviv) vom 3. 3. 1960.

³⁶ PERES, Kelaa david, S. 59.

³⁷ OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“, S. 125; SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 143; Ben Gurion an Adenauer vom 6. 6. 1962; Adenauer an Ben Gurion vom 13. 6. 1962, ISA, 7229/11a.

³⁸ GOLAN, Shimon Peres, S. 118; AAPD 1965, Bd. 1, Dok. 2, S. 9–12 und Dok. 136, S. 554. Das Dokument Nr. 136 enthält die Bezeichnung „Hawk“

³⁹ Ebd., S. 10; vgl. auch DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 282.

⁴⁰ AUSWÄRTIGE POLITIK, Dok. Nr. 198, S. 537–540.

⁴¹ Die Mission in Köln an den Außenminister vom 11. 6. 1963, ISA, 1045/25.

⁴² Schirmer, Abt. I, an den Bundesminister vom 11. 6. 1963, PA, B36, Nr. 43, 82.20, 92.19, 1B4.

Auf amerikanische Initiative wurde dieses Rüstungsabkommen später um schweres Rüstungsmaterial erweitert. Die amerikanische Initiative war Teil eines komplizierten Interessengefüges, an dem auch arabische Staaten, die Bundesrepublik, der Staat Israel und einige europäische Staaten beteiligt waren. Bei den Gesprächen mit den USA ging es um folgende Themen: um den israelischen Atommeiler in der Wüstenstadt Dimona, den israelischen Wunsch nach Boden-Luft- und Boden-Boden-Raketen, um Versuche zur Lösung des nahöstlichen Wasserproblems, um die deutschen Wissenschaftler in Ägypten, die amerikanische Wirtschaftshilfe an Ägypten, die amerikanische Militärhilfe an Jordanien und um den israelischen Wunsch nach schweren und modernen Waffen als Ausgleich zu den sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten. Der letzte Artikel, der Panzer betraf, führte zur obenerwähnten Erweiterung des deutsch-israelischen Rüstungsgeschäfts.⁴³

Der Staat Israel war seit seiner Gründung an der Nutzung der Atomkraft interessiert.⁴⁴ Amerikanische Dokumente enthalten kleine Informationssplitter über eine deutsch-israelische Zusammenarbeit im Nuklearbereich, doch der israelische Reaktor nahe der Wüstenstadt Dimona wurde vor allem mit französischer Hilfe gebaut. Die Amerikaner nahmen diese Entwicklung mit großer Sorge zur Kenntnis. Der amerikanische Verteidigungsminister Thomas S. Gates bemerkte während einer Unterredung mit Präsident Eisenhower am 12. Januar 1961, die Anlage sei den vorhandenen Informationen zufolge nicht für friedliche Zwecke bestimmt. Die Anwesenden gaben sodann ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Israelis eine Inspektion ihrer „Plutoniumproduktionsanlage“ zulassen würden.⁴⁵

Das anhaltende amerikanische Drängen auf eine Inspektion des Atomkraftwerks in Dimona verschärfte die interne israelische Debatte über Verteidigungsstrategien. Die Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit Washington – in der Hoffnung, die USA zu einem Hauptwaffenlieferanten zu verwandeln – waren für die Zulassung regelmäßiger Inspektionen der Anlage. Als Konsequenz einer solchen Zusammenarbeit mit den USA erwarteten sie eine Abkehr von der engen militärischen Kooperation mit Frankreich und Westdeutschland. Zum proamerikanischen Lager gehörten auch zahlreiche Mitglieder der linken, aber gleichwohl militärisch orientierten Ahdut Haavoda-Partei. Die streng zionistische Partei lehnte Ben Gurions Doktrin des „gewandelten Deutschland“ ab und stand der Bundesrepublik und deren politischen bzw. militärischen Zielen mißtrauisch gegenüber. Die Militärexperten dieser Partei, darunter auch der führende General Yigael Alon, setzten auf konventionelle Verteidigung und somit auf amerikanische

⁴³ Memorandum für McGeorge Bundy vermutlich vom 6. 2. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 12. 7. 62–6. 2. 63; Rundschreiben des Außenministeriums vom 12. 4. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 7. 3. 63–23. 4. 63; Memorandum des Außenministeriums vom 1. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 4. 4. 63–1. 6. 63; Memorandum vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, Germany, 4. 4. 63–1. 6. 63; Harri-man an Hugh Scott vom 1. 4. 1963, PA, IB4, 84.02, 90.35, B36, Nr. 16.

⁴⁴ ARONSON, The politics.

⁴⁵ Memorandum über die Unterredung mit dem Präsidenten vom 19. 12. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8; SHALOM, Tguvath ma'atzmoth hama'arav.

Waffen. Alon und sein Umkreis standen Golda Meir nahe und gingen auf Distanz zu Peres. Die französisch-deutsche Schule der israelischen Außenpolitik trat dagegen für nukleare Abschreckung und gegen die Inspektion der Nuklearanlage ein und betrachtete Frankreich und die Bundesrepublik weiterhin als die wichtigsten Waffenlieferanten.

Die nahe an der Grenze zu Jordanien und Ägypten gelegene Anlage in Dimona war ein leichtes Ziel für Angriffe aus der Luft. Nicht zuletzt hieraus rührte das besondere Interesse Israels an Luftabwehrwaffen. Während seines Besuchs im Weißen Haus im März 1960 beantragte Ben Gurion die Lieferung von Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk“. ⁴⁶ Die republikanische Administration war jedoch nicht daran interessiert, zum Waffenlieferanten Israels zu werden, und Präsident Eisenhower antwortete Ben Gurion, die westeuropäischen Länder, darunter Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland, seien die beste Waffenquelle für Israel. ⁴⁷

Ben Gurion folgte dem amerikanischen Rat, wie eine Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Ministerpräsident David Ben Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer zeigt: Ben Gurion: „Wir brauchen Luft-Luft- und Boden-Luft-Raketen. Meine Leute haben schon mit Strauß gesprochen. Er war sehr hilfsbereit, doch die Entscheidung liegt bei Ihnen. Sie sind mehr als nur Staatschef. Bei früherer Gelegenheit haben Sie zugesagt.“ Adenauer: „Ja, ich bin einverstanden.“ ⁴⁸ Das Hawk-Raketensystem wurde häufig diskutiert. Da Westdeutschland solche Raketen in amerikanischer Lizenz herstellte, warb Jerusalem um amerikanische Zustimmung für Bestellungen aus Bonn. ⁴⁹ Ob Israel die Hawks schließlich direkt von den Vereinigten Staaten oder durch die Bundesrepublik erhielt, ist nicht restlos geklärt. Diese Raketen sind jedenfalls in der erwähnten Liste aufgeführt.

Die Vereinigten Staaten standen vor dem Dilemma, dem arg bedrängten jüdischen Staat zu helfen, ohne die Neutralität im Nahen Osten aufzugeben. Die sowjetischen Lieferungen von schweren Waffen an Ägypten stellten für Israel eine große Bedrohung dar. Eine zusätzliche Bürde für die Amerikaner bildeten die jordanischen Rüstungsbegehren. Zudem war die amerikanische Regierung daran interessiert, den Wasserkonflikt im Nahen Osten am Verhandlungstisch zu lösen. Die Stellvertreterdienste des westdeutschen Bündnispartners boten sich als beste Lösung an.

⁴⁶ Memorandum von Christian A. Herter für den Präsidenten vom 17. 3. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960; Eisenhower an Ben Gurion vom 4. 8. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960.

⁴⁷ Memorandum über die Besprechung vom 10. 3. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960.

⁴⁸ Vermerk über das Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer am 14. 3. 1960 im Waldorf Astoria Hotel, ISA, 3294/4.

⁴⁹ Memorandum von William P. Bundy für Phillips Talbot vom 23. 5. 1962; Memorandum von George McGhee über das Gespräch mit Peres vom 24. 5. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, Gen. 1, 4/62-5/62; Memorandum für McGeorge Bundy, Weißes Haus, betr. Zusammenfassung der Ergebnisse der Besprechung der Missionsleiter in Athen vom 2. 7. 1962, Kennedy Library, NSF, Box 286A-286.

3. Die Lieferung von Panzern an Israel und die deutsch-israelische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik

Im Juli 1962 traf General Yitzchak Rabin mit einer langen Wunschliste im Gepäck zu Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern in Washington ein, nachdem Ben Gurion zwei Jahre zuvor mit mageren Ergebnissen aus den USA zurückgekehrt war. Das europäische Angebot genügte den israelischen Bedürfnissen nicht.⁵⁰ Der in Entwicklung befindliche britische „Chieftain“ war dem standardmäßig in der NATO eingesetzten amerikanischen Panzer vom Typ „M-48A3 Patton“ in israelischen Augen unterlegen. Jerusalem hoffte zudem auf amerikanische Finanzierungsmittel. Die Israelis bekundeten Interesse am Kauf von etwa 150 solcher Fahrzeuge, als Gegengewicht für die sowjetischen Panzer vom Typ T 55. Als Ersatz für die bereits mit Frankreich und der Bundesrepublik ausgehandelte Lieferung von Schnellbooten und Boden-Boden-Raketen faßte man auch entsprechende amerikanische Rüstungsgüter ins Auge. Die israelische Regierung versuchte, die neue Kennedy-Administration zur Änderung der amerikanischen Politik hinsichtlich der Waffenlieferungen an Israel zu bewegen. Doch Washington erwog höchstens eine Quidproquo-Vereinbarung: eine flexiblere israelische Haltung gegenüber dem Eric Johnson-Plan für die Wasserverteilung im Nahen Osten – ein Eckpfeiler für die Lösung der regionalen Verwicklung – für Waffen.⁵¹ Die Vereinigten Staaten waren auch auf die Aufhebung der israelischen Opposition gegen amerikanische Waffenlieferungen an Jordanien angewiesen. Die Öffnung der Anlage in Dimona für Inspektionen und die Angelegenheit der Boden-Boden-Raketen spielten zudem eine Rolle beim amerikanischen Wunsch, eine Flexibilisierung der ägyptischen Politik zu erwirken.

Nach Rabins Besuch in Washington stellten die Israelis die Frage der Panzerlieferung zunächst zurück. Die anderweitig beschäftigten Vereinigten Staaten hatten keine Zeit für Israel. Nach dem Scheitern der israelischen Annäherungsversuche an die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hoffte die israelische Regierung aber dennoch auf amerikanische Sicherheitsgarantien. Grundsätzlich hielt sie beharrlich an ihrem Panzerwunsch fest, und die Amerikaner warnten weiter vor einer Ausweitung der Raketenbedrohung. In den Augen der amerikanischen Regierung standen diese beiden Themen in direktem Zusammenhang, und Washington warnte Jerusalem vor einer Eskalation des Rüstungswettlaufs, der die finanziellen Möglichkeiten Israels überschreiten könnte. Die Ägypter machten den Amerikanern und diese wiederum den Israelis deutlich, daß die israelischen Ängste im Raketenbereich jeglicher Grundlage entbehrten. Die amerikanische Regierung verdächtigte Israel der Panikmache, um amerikanische Panzerlieferungen durchzusetzen.⁵²

⁵⁰ Briefwechsel 1960–1962 betr. Boden-Luft-Raketen, das amerikanische Hawk- und das britische Bloodhound-System, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 8/17/62–2/22/62.

⁵¹ Memorandum von Myer Feldman für den Präsidenten vom 10. 8. 1962; R.W. Komer an McGeorge Bundy und Mike Feldman vom 13. 8. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 8/9/62–8/1/62.

⁵² Memorandum für den Präsidenten vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, POE, Box 119a.

Amerikanische Diplomaten führten das Beharren der Israelis auf solchen Panzerlieferungen vor allem auf den symbolischen Wert amerikanischer Waffenlieferungen zurück. Diese würden ein Ende der amerikanischen Zurückhaltung und ein offenes Bekenntnis für Israel auch im Verteidigungsbereich markieren, was wiederum das Zögern Washingtons und die Übertragung dieser Aufgabe an eine europäische Macht erklärt. Israel war Ägypten, in amerikanischen Augen, militärisch weiterhin überlegen. Als Bedingung für die Lieferung von Panzern forderten die Amerikaner somit den israelischen Verzicht auf nichtkonventionelle Waffen und auf die Entwicklung von Raketen. Zudem wurde die Forderung nach einer Inspektion der Nuklearanlage in Dimona weiterhin aufrechterhalten.⁵³ Präsident Johnson schloß die direkte Lieferung von Panzern an Israel schließlich grundsätzlich nicht aus, bevorzugte aber weiterhin die Lieferung durch die Bundesrepublik mit amerikanischer Finanzierung.⁵⁴ Anlässlich eines Besuchs von Ministerpräsident Eschkol in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1964 kam die Angelegenheit ausführlich zur Sprache.

Die Bundesrepublik war von der ihr zgedachten Stellvertreterrolle wenig begeistert. Auch Bonn war nicht gewillt, die freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu gefährden oder die Hallsteindoktrin aufs Spiel zu setzen, d. h. Staaten im Nahen Osten einen Anlaß zu geben, die DDR anzuerkennen. Die Beziehungen zu Israel seien der neuralgische Punkt für das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Arabern, weshalb eine direkte Lieferung von deutscher Seite kaum in Frage komme, meinte Bundeskanzler Erhard.⁵⁵ Erhard, der etwa zehn Tage nach Eschkol in Washington eintraf, sah sich im Hinblick auf Militärhilfe an Israel starkem amerikanischen Druck ausgesetzt. Die möglichen negativen Auswirkungen auf die deutsche Frage seien unbedeutend im Vergleich mit dem Schaden, den der Westen befürchten müsse, falls sich die Araber gegen die USA, dem Hauptgaranten des Friedens im Nahen Osten, auflehnten, bekam er zu hören.⁵⁶ Der amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara bekräftigte in einem Sondergespräch mit Erhard die Notwendigkeit westdeutscher Militärhilfe für Israel.⁵⁷ Die Amerikaner deuteten auf die fehlenden diplomatischen Beziehungen mit Israel und auf die moralische Verpflichtung der Deutschen hin. Schließlich lenkte die Bundesregierung ein und erklärte sich bereit, Israel hundertfünfzig Panzer vom Typ „M48A II C“ zu liefern und dafür

⁵³ SPIEGEL, *The other Arab-Israeli conflict*, S. 130–132.

⁵⁴ Memorandum über die Besprechung zwischen Präsident Johnson, M. Feldman, Eschkol und Harman vom 1. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Middle East, Israel, Eschkol Visit, Containers 142 and 143, Document 38-b.

⁵⁵ AAPD 1964, Bd. 1, Dok. 136 und Dok. 555 über den 23. 5. 1964.

⁵⁶ Vermerk von McGeorge Bundy an Präsident Johnson zur Vorbereitung von dessen Gespräch mit Bundeskanzler Erhard vom 12. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Memos for the President, McGeorge Bundy, Vol. 5, Check List, Container No. 2, Doc. 36.

⁵⁷ OSTERHELD, *Außenpolitik*, S. 90; vgl. auch die Kopie des Memorandums betr. das Gespräch zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und Außenminister Schröder vom 12. 6. 1964 über Panzer für Israel, die Benjamin H. Read, Personalabteilung, am 24. 6. 1964 an McGeorge Bundy schickte, Johnson Library, NSF, Country File, Germany, Erhard Visit, Box 191,6/12–13/64, 24. 6. 1964; vgl. auch WOLFFSOHN, *Neshek l'israel*, S. 73; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 18. 2. 1965.

aufzukommen. Die Panzer sollten aus NATO-Beständen genommen und in Italien überholt werden.⁵⁸

Dies war das letzte große Waffengeschäft zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. McGeorge Bundy vom Weißen Haus bemerkte dazu: „Die deutsche Panzerlieferung an die Israelis ist [allein] dank unserem energischen Einsatz zustande gekommen. Tief in ihrem Herzen weiß sie [die Bundesregierung], daß wir recht haben.“⁵⁹ Welche unmittelbaren Vorteile sich die Amerikaner von der Vermittlung zwischen Israel und der Bundesrepublik versprachen, außer der Beibehaltung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten und der Entlastung der eigenen Mittel, ist unklar. Der folgende Kommentar des Weißen Hauses zum Eschkol-Besuch äußert sich nur zum letzten Punkt: „Die Vereinigten Staaten waren weder bereit, Israel Rüstungsgüter zu liefern noch auf ein Sicherheitsarrangement irgendwelcher Art einzugehen.“⁶⁰ Die Bundesregierung hielt im wesentlichen an der Linie von Strauß fest, trotz wachsender Kritik und Opposition in Regierungskreisen. Bundesaußenminister Gerhard Schröder und Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel beurteilten die Rüstungsabkommen mit Israel negativ, taten aber nichts um sie zu unterbinden.⁶¹ Die beiden Minister waren sich der Bedeutung dieser Abkommen anscheinend nicht völlig bewußt. Erhard legte einerseits großen Wert auf eine großzügige Haltung gegenüber Israel, war aber gleichzeitig auch an einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Präsident Johnson in Fragen von gemeinsamem Belang interessiert.

Die Kooperation zwischen der israelischen Armee und der Bundeswehr schloß auch die Ausbildung israelischer Soldaten, gegenseitige Besuche, Expertenaufträge und sogar gemeinsame Publikationen mit ein. Angesichts der fehlenden diplomatischen Vertretung in Israel wurde die Aufgabe der Ausstellung von Visa für die Bundesrepublik vom britischen Konsulat in Haifa wahrgenommen. Die britischen Dokumente ergeben ein klares Bild des zunehmenden Reisetromms von israelischen Militärs nach Deutschland. Das erste britische Dokument in dieser Sache vom 9. Januar 1958 berichtet von fünf Visa für Offiziere und zwanzig Visa für Unteroffiziere.⁶² Andere Dokumente deuten darauf hin, daß es bereits 1956 zu solchen Besuchen gekommen war. Die Deutschlandbesuche von Zwi Dar, dem Generaldirektor der israelischen Militärindustriegesellschaft, und seines Vize, sowie von weiteren hohen israelischen Offizieren, einschließlich des Kommandan-

⁵⁸ Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 13. 10. 1964, Johnson Library, NSF, Bd. 5, Cont. 2, Doc. 110; die Botschaft in Washington, D.C. an den Außenminister vom 20. 1. 1965, ISA, 3533/2.

⁵⁹ Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 13. 10. 1964, Johnson Library, NSF, Memos for the President, by McGeorge Bundy, Vol. 5, Cont. 2, Doc. 116; vgl. DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 276–294; FELDMAN, The special relationship, S. 123–141; SEELBACH, Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, S. 106–109.

⁶⁰ Kommentar des Weißen Hauses zum Eschkol-Besuch vom 26. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Country File, Middle East, Israel, Vol. 10–12, Boxes 142 and 143.

⁶¹ Wolffsohn, Neshek l'israel, S. 69–77; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/4.

⁶² Die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/4.

ten der Marine, General Shmuel Tankus, und Geheimdienstleuten, darunter auch (der spätere General) Amos Chorev, weckten die Aufmerksamkeit des britischen Geheimdienstes, der daraufhin regelmäßige Berichterstattung forderte. „Es tut sich etwas“, meinte ein britischer Diplomat in Haifa.⁶³ Das Konsulat berichtete auch über Ausbildungskurse von vierzig bis sechzig Mann starken israelischen Militäreinheiten in französischen Militärstützpunkten in Deutschland. Das Auswärtige Amt intervenierte aufgrund einer Bitte der französischen Regierung, die Zahl der israelischen Militärkursabsolventen in Deutschland zu verringern.⁶⁴ Bald führte aber auch die Bundeswehr Ausbildungsprogramme für israelische Einheiten ähnlicher Größe durch. Israelische Soldaten wurden an neuen Waffensystemen geschult.

1958 beantragten Generalstabchef Chaim Laskov, der Oberbefehlshaber der Marine, zehn Offiziere, 17 Unteroffiziere, diverse Beamte des israelischen Verteidigungsministeriums und 156 Privatpersonen ein Visum für die Bundesrepublik.⁶⁵ Shimon Peres und auch Vertreter der israelischen Fleischimportfirma INCODA, der geheimdienstliche Verbindungen nachgesagt wurden, reisten mehrmals nach Deutschland. Nach 1958 reißt die im britischen Public Records Office abgelegte Berichterstattung in dieser Angelegenheit ab. Geht man davon aus, daß es sich bei der obigen Liste nur um die offiziellen Besucher handelte, ist die israelische Reisebewegung nach Deutschland für ein einziges Jahr beeindruckend. Das Auswärtige Amt war nicht glücklich über diese Entwicklung und versuchte, ihr mit einer Verschärfung der Einreisebestimmungen zu begegnen. Die westdeutsche Diplomatie verfolgte mit Sorge die ostdeutschen und arabischen Noten bezüglich des Aufenthalts von israelischen Soldaten in Westdeutschland.⁶⁶

Die deutsch-israelische Zusammenarbeit im geheimdienstlichen Bereich, die israelischen Agenten unter deutschem Deckmantel in arabischen Ländern und die Benutzung westdeutschen Territoriums für israelische Militäraktivitäten gehören zu den dunkleren – der Sache entsprechend äußerst knapp dokumentierten, aber dennoch evidenten – Seiten der deutsch-israelischen Beziehungen. In der Israel-Mission in Köln arbeiteten auch ein paar Mossad-Agenten. Ben Gurion unterhielt außerdem direkten Kontakt mit dem Chef des Bundesnachrichtendienstes, dem ehemaligen General Reinhard Gehlen, den er persönlich zu treffen wünschte.⁶⁷ Der Agent der israelischen Armee Israel Behr berichtete Ben Gurion regelmäßig über seine Gespräche mit Gehlen. Die Zusammenarbeit der beiden Geheimdien-

⁶³ G. Kippax, Verteidigungsministerium, an M.R. Tesh, Nahostabteilung, vom 23. 4. 1958, PRO, FO 371/134275, VR/10318/10; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Nahostabteilung vom 2. 5. 1958, PRO, FO 371/134275, VR/10318/7b.

⁶⁴ Knoke an den Staatssekretär vom 27. 2. 1958, PA, 708, 84.00, 92.19; van Scherpenberg an die Abt. D3 vom 7. 3. 1958, PA, 84.00, 92.19; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 27. 3. 1958, PRO, FO, 371/134275; Aufzeichnungen van Scherpenberg an die Abt. 2 vom 1. 4. 1958 und vom 25. 8. 1958, PA, 84.00, 92.19.

⁶⁵ Die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1., 20. 1., 27. 1., 7. 2 und 25. 8. 1958, PRO, FO, 371/134275.

⁶⁶ Die deutsche Botschaft in Tripolis/Libyen an das AA vom 21. 1. 1958; Welck an den Staatssekretär vom 20. 1. 1958; von Dziembowski, Ref. 211, an den Staatssekretär vom 10. 4. 1958; Schirmer, Kairo, an das AA vom 10. 4. 1958, PA, Nr. 102483.50–92.19.

⁶⁷ Tagebucheintrag Ben Gurions vom 14. 5. 1960, BGA, BGD.

ste erstreckte sich auch über Asien und Afrika. Doch die Aktivitäten des israelischen Geheimdienstes auf deutschem Territorium in den sechziger Jahren beunruhigten die deutschen Behörden und veranlaßten sie zu Gegenmaßnahmen.⁶⁸

Die israelischen Aktivitäten im militärischen Bereich stießen in der Bundesrepublik dennoch auf erhebliche Sympathie. Ben Gurion legte dazu das ideologische Fundament, und Peres war für die Umsetzung zuständig. Das zu jener Zeit bereits von Oppositionellen gesäuberte israelische Militär- und Sicherheitsestablishment fügte sich Ben Gurions Führung im allgemeinen. Eine große Ausnahme war der Mossad-Chef und Mapai-Veteran Iser Harel. Die Opposition gegen Ben Gurions Deutschlandpolitik konzentrierte sich in der altgedienten Mapai-Führung und vor allem auch in der Person der Außenministerin Golda Meir. Bei Meir dürfte dabei auch die persönliche und institutionelle Rivalität mit Peres und seiner parallelen Außenpolitik mitgespielt haben. Offensichtlich war es ihr nicht gelungen, Ben Gurions Unterstützung gegen den aggressiven Peres zu gewinnen. Die Mapai-Veteranen standen den engen Beziehungen zur Bundeswehr äußerst skeptisch gegenüber.⁶⁹

Der mit Adenauers Zustimmung handelnde Franz Josef Strauß war die Schlüsselfigur auf der deutschen Seite. Seine Politik wurde von der Beamtenschaft des Bundesverteidigungsministeriums und vom Oberkommando so stark mitgetragen, daß sie diese Linie auch unter dem nächsten Minister beibehielten. Ob Strauß' Nachfolger Kai Uwe von Hassel diese Politik auch billigte oder ob ihn die Umstände und die Beamtenschaft von drastischen Kursänderungen abhielten, ist unklar. Fest steht nur, daß die Bundesrepublik einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Bewaffnung der israelischen Armee und damit zur Verteidigung des jüdischen Staates geleistet hat.

4. Raketenrüstung im Nahen Osten

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens stattete der ehemalige deutsche Verhandlungsleiter Franz Böhm Israel einen Besuch ab. Er wurde herzlich empfangen, doch das persönliche Gespräch mit Golda Meir war ernsten Themen gewidmet: Böhm wurde aufgefordert, den Kanzler darauf hinzuweisen, daß westdeutsche Staatsbürger sich in Ägypten an einem Projekt beteiligten, das die Zerstörung Israels bezwecke. Deutsche Wissenschaftler arbeiteten an der Entwicklung von ballistischen Raketen, deren Reichweite das ganze Gebiet des Staates Israel umfasse, und denen die israelische Armee nichts entgegenzusetzen habe. Wenig später wurde den deutschen Wissenschaftlern auch vorgeworfen, Kobaltbomben und ABC-Sprengköpfe zu entwickeln. Böhm übermittelte die Botschaft dem Bundeskanzler und forderte die Bundes-

⁶⁸ Denkschrift Dr. Mommer zur Nahostpolitik vom 2. 12. 1964 in der Ausschußdrucksache IV/48 des 3. Ausschusses des Deutschen Bundestages, Unterausschuß Nr. 3, PA, B36, Nr. 188, 1B4, 82.00, 92.19.

⁶⁹ Interview mit Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986; Interview mit Moshe Carmel am 30. 1. 1986, ILA, Golda Meir Archive.

regierung auf, sich „eindrucksvoll von diesen deutschen Staatsangehörigen zu distanzieren“.⁷⁰ Adenauer antwortete, die Regierung sei über diese Sache informiert und werde ihr möglichstes tun.⁷¹ Böhm sprach auch mit von Brentano, nun Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, mit dem neuen Außenminister Gerhard Schröder und im Bundestagsauschuß für Wiedergutmachung.⁷²

Allmählich wurde auch die Öffentlichkeit in Israel und in der Bundesrepublik auf die Aktivitäten der deutschen Wissenschaftler aufmerksam. Am 13. November 1962 kam das ägyptische Raketenprojekt zum ersten Mal in der Knesset zur Sprache.⁷³ Ein Vorfall in der Schweiz, als israelische Agenten bei dem Versuch gefasst wurden, Kinder eines deutschen Wissenschaftlers einzuschüchtern, ließ der israelischen Regierung keine Wahl, als sich offen mit der Raketenkrise auseinanderzusetzen. Das Kabinett trat ohne den im Urlaub weilenden Ben Gurion zusammen, und Frau Meir sprach als Regierungsvertreterin vor der Knesset. Ihre und Cherut-Chef Begins Äußerungen verliehen der Angelegenheit nahezu hysterische Proportionen. Obwohl ursprünglich die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Ägypten zur Debatte stand oder hätte stehen sollen, konzentrierte sich die parlamentarische Diskussion auf den deutschen Faktor: „Die Söhne jener Nation [Deutschland] beabsichtigen mit ihren Taten die Vernichtung des Staates Israel“, sagte Meir in ihrer Rede.⁷⁴ Meirs und Begins gemeinsames Leitmotiv für die nächste Zeit lautete also: Die Söhne jener Nation, die schon einmal versucht hat, das jüdische Volk zu vernichten, versuchen es ein zweites Mal. Die allerhöchste Kritik ernteten nicht Nasser und Ägypten, sondern die fremden Wissenschaftler und Techniker, die, wie behauptet wurde, aus rassistischen, antisemitischen und nazistischen Gründen bereit seien, im neuen Krieg zur Vernichtung des Judentums zu dienen. Die aufgestaute Bitterkeit entlud sich in einer emotionalen Debatte gegen die namenlosen Wissenschaftler und die Deutschen ganz allgemein. Den Wissenschaftlern wurde Böswilligkeit vorgeworfen und die Absicht unterstellt, das zu Ende bringen zu wollen, woran Hitler gescheitert war. Manche verbale Attacken richteten sich gegen die Bundesregierung, der Unfähigkeit vorgeworfen wurde, die kriminellen Aktivitäten ihrer Bürger gegen die Überlebenden des Holocaust zu unterbinden. Ein Großteil dieser emotionalen Anklagen war zweifellos an das Gewissen der Wissenschaftler in Ägypten gerichtet. Andererseits kommt darin auch eine breitere Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zum Ausdruck.

In den acht Knessetdebatten über die deutschen Wissenschaftler in den Jahren 1963 und 1964 stößt man wiederholt auf den Terminus „biologische Vernichtung“ und ähnliche Ausdrücke.⁷⁵ Bei einigen der am ägyptischen Projekt beteiligten

⁷⁰ Böhm an Adenauer vom 10. 9. 1962, ACDP, I-200-006/IV GIV.

⁷¹ Adenauer an Böhm vom 16. 9. 1962, ACDP, I-200-006/IV GIV.

⁷² Böhm an Gerstenmaier und Schröder vom 5. 12. 1962, ACDP, VIII-001-1502.

⁷³ KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 179. Sitzung am 13. 11. 1962, S. 131.

⁷⁴ Ansprache der Außenministerin Meir. In: KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1569.

⁷⁵ KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1575, 240. Sitzung am 7. 4. 1963, S. 1742-1751, 249. Sitzung am 20. 5. 1963, S. 1872-1876, 262. Sitzung am 24. 6. 1963, S. 2162-2167, 324. Sitzung am 27. 1. 1964, S. 878-879, 346. Sitzung am 13. 3. 1964,

Wissenschaftler handelte es sich tatsächlich um ehemalige Nationalsozialisten und Antisemiten. Wiederum ein Teil davon hatte an den V 1- und V 2-Raketenprojekten mitgearbeitet. Doch die meisten ausländischen Wissenschaftler waren junge Hochschulabgänger, die aus Karrieregründen in Ägypten arbeiteten. Die israelischen Anschuldigungen waren offensichtlich übertrieben. Doch es war nicht die einzige Übertreibung: Knessetabgeordnete behaupteten, die Ägypter hätten in kürzester Zeit Hunderte von Raketen produziert, Tausende von deutschen Technikern würden in diesem Land arbeiten, und es sei Ägypten gelungen, Sprengköpfe mit besonders großer Zerstörungskraft zu entwickeln.

Wie sind diese Angriffe zu erklären? Offensichtlich standen eher Emotionen und weniger rationale Überlegungen im Vordergrund. Einerseits dürfte die konkrete Angst vor chemischen, biologischen und atomaren Waffen eine Rolle gespielt haben und andererseits die unheilvolle Kombination von „Massenvernichtung“ und „Deutschen“, die innerhalb der jüdischen Gemeinschaft umgehend heftige Aversionen hervorrief. Zahllose Demagogen witterten die Gunst der Stunde. Mehrere Knessetabgeordnete, darunter auch Golda Meir, waren durchdrungen von Haß, Mißtrauen und Vorurteilen gegenüber den Deutschen und Deutschland. Der Fall der deutschen Wissenschaftler in Ägypten erwies sich als ausgezeichnete Gelegenheit zur Verurteilung der Deutschlandpolitik der Regierung. Ben Gurions Motto des „gewandelten Deutschland“ wurde als fataler Trugschluß dargestellt: Die angeblich „gewandelten Deutschen“ bereiteten sich zusammen mit den Arabern auf die Vernichtung Israels vor, hieß es. Die von der Politik und der Presse geschürte Aufregung bewirkte in der Öffentlichkeit Angst und Unruhe.

Die Israelis warnten im Zusammenhang mit der Wissenschaftleraffäre vor einer Wiederholung der Geschichte: Die Bundesrepublik könnte sich trotz Verbots in den Verträgen mit den Alliierten und im Grundgesetz mit der Produktion von Raketen und insbesondere von Nuklearwaffen beschäftigen, genau wie die Deutschen während der Weimarer Republik sich durch geheime militärische Aktivitäten und Entwicklungsarbeit über die ihnen auferlegten Beschränkungen hinweggesetzt hatten. Solche Warnungen kamen aus verschiedenen Richtungen des politischen Spektrums, auch von der rechtsgerichteten Cherut und der linksradikalen Mapam. Doch die Politiker waren mit ihren Befürchtungen nicht allein. Auch der Geheimdienstexperte Isser Harel äußerte Bedenken. Und sogar US-Präsident Kennedy wies seinen Außenminister an, die Bundesrepublik aufzufordern, die Entwicklung von Raketen Sprengköpfen und damit verbundener Waffensysteme zusammen mit den Franzosen einzustellen.⁷⁶

Die Bundesregierung war über die Einzelheiten der Entwicklungsarbeit in Ägypten zweifellos informiert. Der Briefwechsel zwischen von Brentano und Adenauer im Brentano-Nachlaß läßt darauf schließen, daß die beiden Politiker

S. 1426–1449, 352. Sitzung am 4. 5. 1964, S. 1673–1683 und 393. Sitzung am 12. 10. 1964, S. 3–27.

⁷⁶ Memorandum von John F. Kennedy an den Außenminister vom 20. 2. 1963, Kennedy Library, NSF, Departments and Agencies, Dept. of State, 11/6/61–2/27/63, Box 285A-286; vgl. Rundschreiben des Außenministeriums vom 12. 4. 1963, Kennedy Library, NSF, General, 3/7/63 – 4/23/63.

daran interessiert waren, die deutschen Wissenschaftler in Ägypten ungestört arbeiten zu lassen.⁷⁷ Die Arbeit in ägyptischen Werkstätten und Laboratorien verschaffte den deutschen Fachkräften die Gelegenheit, Fachwissen zu erwerben, Erfahrungen zu sammeln und besonders sich Spezialwissen im Raketenbereich anzueignen, was in der Bundesrepublik nicht möglich war. Die Bundesregierung konnte sich diesem Vorteil schwerlich verschließen.

Ausländische Beobachter wunderten sich über die Heftigkeit der israelischen Reaktionen und darüber, daß sich die Angelegenheit zu einem internationalen Skandal ausgeweitet hatte. Der Stab des Weißen Hauses vermutete unter anderem einen israelischen Versuch, die Entwicklung eigener Nuklearwaffen zu rechtfertigen.⁷⁸ Mit anderen Worten, die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten könnte dazu gedient haben, die Aufmerksamkeit von einem ähnlichen, aber fortgeschritteneren Projekt in Israel abzulenken. Am 6. Juni 1961 hatte Israel die erste Rakete des Typs „Shavit 2“ gezündet, die oft auch „Wahlrakete“ genannt wurde, weil sich die Mapai damit massiven Auftrieb in den bevorstehenden Wahlen erhofft hatte. Der Staat Israel baute zudem angeblich mit französischer Hilfe seine erste eigene ballistische Rakete („Jericho“).⁷⁹ Aronson behauptet, Ben Gurion habe auch beabsichtigt, eigene Raketen mit Hilfe von deutschen Wissenschaftlern mit V 2- Erfahrung zu entwickeln.⁸⁰ In den amerikanischen Dokumenten werden im Zusammenhang mit der Entwicklung von Trägersystemen wiederholt Mutmaßungen über das nukleare Potential Israels angestellt.⁸¹

US-Botschafter Walworth Barbour stellte die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten in einem ausführlichen Bericht vom 5. Oktober 1962 in einen breiteren historisch-geopolitischen Zusammenhang und zog hieraus die Schlußfolgerungen: Die Israelis hätten der Angelegenheit zunächst vor allem politische und kaum militärische Bedeutung beigemessen. Das Schwergewicht habe auf der psychologischen Bedeutung der Raketen gelegen, auf der Haltung, die sich aus ihrem Besitz ergeben habe und auf deren Wirkung auf Nassers Selbst-

⁷⁷ Adenauer an von Brentano vom 27. 6. 1963; Aktenvermerke vom 29. 3. 1963 und vom 22. 6. 1963, BArch, N 1239; die deutsche Botschaft in Kairo an das AA vom 5. 4. 1963, 8. 4. 1963 und 7. 5. 1963; Vermerk über das Gespräch mit Kleinwächter vom 8. 5. 1963; Gerhard Siegel an den Bundesminister vom 23. 6. 1963, PA, B36, Nr. 18, IB4, 84.02–90.36; Lenz an Böhm vom 25. 6. 1963, ACDP, I-200-006/IV; Blaustein an Nahum Goldmann vom 19. 4. 1963, AJC, JSX, 62–64, Restitution, RG-1, EXO-24.

⁷⁸ Aktenvermerk von R.W. Komer betr. die Besprechung mit Mordechai Gazit vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 4/4/63 – 6/1/63; vgl. Fernschreiben von Knappstein an das AA vom 29. 3. 1963, PA, B36, Nr. 18, IB4, 84.02–90.36.

⁷⁹ MA'ARIV (Tel Aviv) vom 11. 12. 1996.

⁸⁰ ARONSON, Or chadash al doktrinath, S. 164.

⁸¹ Aktenvermerk von Komer über die Besprechung mit Roland und Evans von der N.Y. Herald Tribune vom 2. 5. 1963, Kennedy Library, Robert W. Komer, 5/1963; Memorandum des CIA Office of National Estimate an den Direktor vom 6. 3. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 7/12/63–3/6/63; Philips Talbot an den Außenminister vom 14. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 4/4/63–6/1/63. Dieses Dokument befaßt sich mit der französisch-israelischen Kooperation im Raketen- und Nuklearbereich. Vgl. auch John Kimchi über die israelische Atombombe vom 28. 3. 1963, PRO, FO 371/150566.

bewußtsein. Zudem hätten die Raketen vom Ausmaß der sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten abgelenkt. In letzter Zeit seien die Israelis jedoch zur Überzeugung gelangt, daß die Region und vor allem auch Israel von Waffen einer neuen Dimension bedroht sei. Das Problem des Kräftegleichgewichts und der Abschreckung sei deshalb besonders akut geworden. Ein Konflikt mit Ägypten sei für Israel eine Frage von Leben und Tod, deshalb werfe jede Waffe, die Nasser einen Vorteil verschaffe, sehr ernste Probleme auf. Mit anderen Worten, die Raketen würden erstmals auch aus taktischer und strategischer Perspektive betrachtet bzw. deren taktische und strategische Bedeutung erstmals anerkannt.⁸² Barbour betonte die beschränkten territorialen Ausmaße des Staates Israel und die sich dadurch ergebende hohe Verletzlichkeit und wies daraufhin, daß in Israel eine Verteidigungsdoktrin Gestalt annehme, wonach nur ein vernichtender Schlag gegen die arabischen Staaten das Überleben des jüdischen Staates garantieren könne. Der Botschafter empfahl zudem, das israelische Staatsgebiet bis zu den Grenzen des britischen Mandats von 1948 auszuweiten und den Gazastreifen unter internationale Verwaltung zu stellen. Die Raketen könnten ein Hinweis für den technologischen Vorsprung der Araber gegenüber den Israelis darstellen, so Barbour. Zusammenfassend maß der amerikanische Botschafter der Raketenkampagne vier mögliche Absichten bei: 1. die israelische Bevölkerung auf eine mit größeren Verteidigungsausgaben zu rechtfertigende höhere Steuerbelastung vorzubereiten; 2. der Öffentlichkeit die Verwundbarkeit des Staates durch hochentwickelte Waffen konkret vor Augen zu führen; 3. ausländische Staaten zu mehr Finanzhilfe zu bewegen; 4. ausländische Unterstützung für die politischen Standpunkte der israelischen Regierung zu gewinnen.

Auch andere amerikanische Beobachter vermuteten einen Zusammenhang zwischen der Kampagne und den geplanten Steuererhöhungen zwecks Finanzierung der neuen Waffen. Die israelische Presse kritisierte die Vereinigten Staaten für die Wirtschaftshilfe an Nasser, die ihm erlaube, Mittel für Abenteuer im Ausland bereitzustellen. Sehr unfreundliche Worte fand sie für die Bundesrepublik, die zulasse, daß ihre Bürger den Israelis eine neue wirtschaftliche Last aufbürdeten. Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten war ein perfekter Vorwand für die Erhöhung der Staatsausgaben und die Vorwürfe an die Adresse der Deutschen waren ein effektives Mittel für die Beschaffung von Mitteln im In- und Ausland. Verschiedene Beobachter vermuteten hinter der Kampagne deshalb auch wirtschaftliche Motive.

Ein Treffen zwischen Alexander Böker vom Auswärtigen Amt und Robert C. Strong vom amerikanischen Außenministerium, die beide nicht als proisraelisch galten, bringt zusätzliches Licht in die Hintergründe der Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten. Strong zufolge soll die israelische Regierung damit versucht haben, die Beziehungen Ägyptens zum Westen zu schwächen, da Israel unter den arabischen Staaten – nach Strongs Einschätzung – nur

⁸² Die amerikanische Botschaft in Tel Aviv an den Außenminister vom 5. 10. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 10/2/62 – 11/13/62; das Außenministerium an die diplomatischen Vertretungen im Nahen Osten vom 9. 10. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 10/2/62 – 11/13/62.

Ägypten Bedeutung beimaß. Eine Lockerung dieser Beziehungen würde Kairo's Abhängigkeit vom Osten verstärken. Gleichzeitig würde, so Strong, Ägyptens Ansehen im Westen Schaden nehmen und damit Israel gestärkt. Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten erscheine den Israelis in dieser Hinsicht sehr erfolgversprechend. Israel versuche, sich amerikanische Garantien in Verbindung mit militärischen Beziehungen zu sichern und sich – den bislang verwehrten – Zugang zu amerikanischen Waffen zu verschaffen. Eine amerikanische Sicherheitsgarantie für Israel sei ein starkes Signal für die Araber. Möglicherweise wollte der amerikanische Beamte damit andeuten, daß die Israelis die Araber dadurch zu politischen, territorialen und anderen Konzessionen zwingen könnten. Im territorialen Bereich würde der Staat seine Grenzen gerne an den Jordan verschieben, wenn „dies ohne schwerwiegende Konsequenzen möglich sei“.⁸³ Das Dokument warf Israel Intrigen gegen den Westen vor und hielt es für wahrscheinlich, daß Israels internationale Kampagne ihr Ziel verfehlen würde. Die subjektiven Befürchtungen in Israel wurden von äußeren Beobachtern oft nicht geteilt. Einige Beobachter interpretierten diese Ängste und Emotionen als Opportunismus.

Wie gefährlich waren die ägyptischen Raketen tatsächlich? Späteren Informationen zufolge entpuppten sie sich als eher harmlos. Die Raketen waren so schlecht gebaut, daß sie nie vom Boden abhoben. Einzelnen Personen in israelischen Geheimdienstkreisen dürften die wahren Qualitäten der ägyptischen Raketen schon vorher bekannt gewesen sein. Der Öffentlichkeit wurde sie jedoch vorenthalten. Einer der Gründe für die Verschleierung des wirklichen Sachverhalts der zum innenpolitischen Streitgegenstand verkommenen Angelegenheit war die Rivalität zwischen dem Mossad unter Isser Harel, der die Raketenbedrohung dramatisierte, und dem Militärgeheimdienst (Aman), der ihr skeptisch gegenüberstand. Harel, ein Gegner von Beziehungen zu Deutschland, stimmte mit Ben Gurions Doktrin des „gewandelten Deutschland“ nicht überein. Er verabscheute Peres und stand Golda Meir nahe, deren Vorurteile der Raketenstreit zu bestätigen schien. Ben Gurion und Peres behagte eher die Einschätzung des Militärgeheimdienstes, wonach die Raketen vorläufig keine existentielle Gefahr darstellten. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war ein Großteil der israelischen Politiker einschließlich der Knesset mit der Wahrheit vertraut, ohne sie öffentlich zugeben zu wollen. Ben Gurion und Harel zogen die persönlichen politischen Konsequenzen.

In den zugänglichen amerikanischen Dokumenten werden ägyptische Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen ab Mai 1962 mehrmals erwähnt.⁸⁴ Amerikanische Beobachter waren von der Qualität der ägyptischen Raketen nie sonderlich beeindruckt. McGeorge Bundy bezeichnete die Raketen verächtlich als „Nassers Missiles“ und meinte, sie seien so konventionell wie schwerfällig und mehr für Schauzwecke als für den tatsächlichen Gebrauch bestimmt.⁸⁵ Obwohl die Israelis

⁸³ AAPD 1963, Bd. 2, Dok. 188, S. 606–608.

⁸⁴ Memorandum von William P. Bundy für Phillips Talbot vom 23. 5. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 4/62 – 5/62.

⁸⁵ Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 8. 3. 1964, Kennedy Library, NSF, Memos for the President, by McGeorge Bundy, Vol. 2, (10/2), 3/1–31/1/64,

die amerikanische Einschätzung wahrscheinlich kannten, die im übrigen kaum von derjenigen des israelischen Militärgeheimdienstes (Aman) abwich, machte die israelische Regierung vom Raketenargument unvermindert weiter Gebrauch. Anlässlich eines Besuches des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol in den USA im Mai 1964 wies der amtierende Außenminister George Ball Präsident Johnson daraufhin, daß die USA mit der Darstellung der Raketenengefahr des israelischen Premiers nicht übereinstimmen.⁸⁶ In einer anderen Denkschrift wurde festgehalten, daß sich die Israelis nicht wirklich vor den erwähnten Raketen fürchteten, sondern davor, daß Nasser von den Russen hochentwickelte Waffen erhalten könnte.⁸⁷ Für die innenpolitische Auseinandersetzung in Israel wurde die Anwesenheit von deutschen Wissenschaftlern in Ägypten bis 1965 gleichwohl weiter ausgeschlachtet, was unter anderem 1963 zum erzwungenen Rücktritt Ben Gurions, zur Spaltung der Mapai und zur Bildung einer neuen Regierung unter Levi Eschkol führte.

Der Mossad und der Militärgeheimdienst (Aman) waren für die äußere Sicherheit zuständig. Die zivile Oberaufsicht über diese beiden Institutionen, deren Leiter sich gegenseitig auszustechen versuchten, oblag David Ben Gurion, Premier- und Verteidigungsminister in einer Person. Harel war aktiv in der inneren Politik der Mapai und besaß dort sowohl Freunde als auch Feinde. Er sympathisierte mit Ben Gurion und Golda Meir, verachtete Peres und hatte keine besonders hohe Meinung von Eschkol. Die Verachtung für Peres war ihm und Meir gemeinsam und entsprechend auch die Abneigung gegenüber Deutschland. Weder Harel noch Meir konnten sich mit dem Begriff „gewandeltes Deutschland“ anfreunden, fügten sich jedoch aus Respekt vor Ben Gurion dessen Politik. Ben Gurion war nicht bereit, Peres gegenüber der altgedienten Mapai-Politikerin Meir zu unterstützen, ließ seinem Günstling jedoch freie Hand in der Alltagspolitik. Der Konflikt war vorprogrammiert, und der Skandal um die deutschen Wissenschaftler in Ägypten diente als Auslöser.

Im August 1962 berief Ben Gurion eine Beratung auf höchster Ebene über das ägyptische Raketenprogramm ein.⁸⁸ Die Anwesenden bewerteten die Angelegenheit übereinstimmend als äußerst ernst, machten die Bundesregierung für die Handlungen ihrer Bürger verantwortlich und beschlossen, weitere Informationen zu sammeln. Harels Vorschlag bezüglich eines direkten Appells an Adenauer wurde von Ben Gurion zurückgewiesen. Statt dessen wandte sich Peres schriftlich an Strauß. In einem Schreiben vom 17. August 1962 brachte Peres die israelische Besorgnis über die Angelegenheit zum Ausdruck und forderte Strauß und Adenauer zum Eingreifen auf. Wie sei es möglich, schrieb Peres, daß der Bundesnach-

Box 1, Doc. 33c; vgl. Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 6. 3. 1964 betr. das ägyptische bzw. israelische Raketenprogramm, Kennedy Library, NSF, Memos for President, by McGeorge Bundy, Box 1, Doc. 40g.

⁸⁶ Memorandum von George Ball für den Präsidenten vom 25. 5. 1964, Johnson Library, NSF, Middle East, Israel, Eshkol Visit, 20/2, Box 142–143, Doc. 38n.

⁸⁷ Memorandum von R. W. Komer für den Präsidenten vom 2. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Country File No. 14, Middle East, Israel, Eshkol Visit, Box 142–143.

⁸⁸ Interviews mit Iser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.

richtendienst über das ägyptische Projekt nicht informiert sei und daß Bundesbürger in eine derart heikle Angelegenheit verwickelt seien? Die deutsche Botschaft in Kairo müsse davon Kenntnis haben. Diese Aktivitäten, so Peres weiter, widersprächen der erklärten Absicht, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu verbessern. Die Bundesregierung solle sich überlegen, was unternommen werden könne, um solche Aktivitäten in Zukunft zu verhindern.⁸⁹ Strauß leitete das Schreiben an Adenauer weiter. Unklar ist, weshalb Ben Gurion diese Angelegenheit Peres übertrug. Möglicherweise befürchtete er eine negative Antwort und wollte einen Gesichtsverlust vermeiden. Vielleicht vertrat er aber auch die Ansicht, daß die Bundesregierung nicht direkt in diese Angelegenheit verwickelt sei und somit auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne. Mehrere Autoren haben darüber spekuliert. Harel behauptet, Ben Gurion sei enttäuscht gewesen über das Vorgehen der Bundesregierung.⁹⁰ Der Ben Gurion-Biograph Bar-Zohar stellt sich die Frage, ob Ben Gurion den Ernst des Problems überhaupt erkannt habe, bevor es zu spät gewesen sei.⁹¹ Eine andere öffentliche Debatte betrifft die Frage, wer die Nachricht über die Entwicklung von Raketen in Ägypten veröffentlichte und wann dies geschah. Hierzu wird in der Regel auf einen Leitartikel der *Jerusalem Post* verwiesen.⁹²

Im Herbst 1962 gab es eine Terrorwelle gegen deutsche Wissenschaftler in Ägypten und in Deutschland. Harel zufolge waren diese Taten von „unverantwortlichen Institutionen“ ausgeführt worden, während er das Problem nach eigenen Angaben auf politischem Weg gelöst haben wollte. Ferner behauptete der ehemalige Mossad-Chef, daß Ben Gurion die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Beendigung des Forschungsprojekts gutgeheißen habe.⁹³ Harel warf den politischen Instanzen in Israel auch Überheblichkeit vor. Diese hätten den Ägyptern keine wissenschaftlichen oder technologischen Errungenschaften zugetraut. Harels Behauptungen sind insofern mit Vorsicht zu genießen, als dabei offensichtlich noch die alten Rivalitäten mitspielen.

Am 20. März 1963 wurde die Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten in der Knesset debattiert. Golda Meir vertrat die Regierung, Ben Gurion weilte im Urlaub. Der Ministerpräsident soll Meirs scharfe Rede jedoch vorab gelesen haben. Sie wurde von der Regierung in einer Sondersitzung bestätigt. Meir beschuldigte Ägypten darin, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, und den deutschen Wissenschaftlern warf sie vor, die Existenz Israels zu gefährden.⁹⁴ Ben Gurion unterband jedoch Attacken, die direkt an die Adresse der Bundesregierung gerichtet waren. Der Regierungschef soll befürchtet haben, daß dies gerade zu dem Zeitpunkt zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit der Bundesrepublik führen könnte, als erste konkrete Ergebnisse der Strauß-Peres-Kooperation erwartet wurden. Adenauers Rücktritt stand nach israelischen Einschätzungen

⁸⁹ Briefkopie vom 17. 8. 1962, ISA, 4326/17.

⁹⁰ Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archive.

⁹¹ BAR-ZOHAR, Ben Gurion. Bd. 3, S. 1529–1531.

⁹² Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1568–69.

unmittelbar bevor, und auf israelischer Seite hatte man sein Versprechen nicht vergessen, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel noch vor seinem Ruhestand erfolgen werde. Auch die Gelder der auf dem Waldorf-Astoria-Gipfel besprochenen deutschen Anleihe begannen zu fließen, und zwar zu für Israel günstigen Bedingungen. Mit anderen Worten, dies war eindeutig der falsche Zeitpunkt für einen Streit mit der Bundesrepublik.

Inzwischen ging das Wettrüsten weiter, die Kriegsangst hielt an und Ben Gurion verlor die Kontrolle über die Situation. Die Bundesregierung war sich der Gefahren bewußt, mit denen Ben Gurion und seine „bisherige Deutschlandpolitik“ konfrontiert waren. Ein nicht namentlich genanntes Mitglied der Kölner Israel-Mission machte das Auswärtige Amt darauf aufmerksam, daß die Lösung des Problems der deutschen Wissenschaftler für die „Beibehaltung des gegenwärtigen prodeutschen Kurses“ entscheidend sei.⁹⁵ Ben Gurion hat offensichtlich zu spät realisiert, daß seine Politik des „gewandelten Deutschland“ von der öffentlichen Meinung nicht mitgetragen wurde. Als er dies schließlich erkannte, war es zu spät. Denn inzwischen hatten Golda Meir und andere führende Mapai-Vertreter damit begonnen, gegen Ben Gurion mobil zu machen. Unzufrieden mit seinem politischen Kurs und seinem autoritären Regierungsstil probten sie Anfang 1963 den Aufstand. Als schließlich Mossad-Chef Harel, der sich mit Ben Gurion wegen des weiteren Vorgehens gegenüber der Bundesregierung wegen der deutschen Wissenschaftler in Ägypten überworfen hatte, seinen Rücktritt erklärte, bedeutete dies für Ben Gurion das Ende als Ministerpräsident. An seine Stelle trat Levi Eschkol, der am 26. Juni 1963 sein neues Kabinett vorstellte. Eschkol führte die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten unvermindert weiter und weigerte sich, sie Ben Gurions Vorstellungen gemäß abzuschwächen.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Israel begann sich Böhm für die Entfernung der deutschen Wissenschaftler aus Ägypten einzusetzen. Er hielt ein Sondergesetz für das beste Mittel zu diesem Zweck und hoffte, dafür die Unterstützung Adenauers, der CDU, der CSU und der FDP ebenso zu gewinnen wie das Wohlwollen der SPD. Doch Böhms Schreiben an Adenauer stieß auf eine kühle, unverbindliche Reaktion. Etwas positiver, aber genauso unverbindlich fielen die Antworten von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, von Bundesaußenminister Schröder und anderen CDU-Politikern auf ähnliche Schreiben aus.⁹⁶ Nur die Haltung der SPD gab zu Hoffnung Anlaß. Zu wirklichen Fortschritten kam es erst nach Meirs Rede in der Knesset am 20. März 1963. Verschiedene Politiker versprachen rasche Abhilfe, Parteien und Institutionen beriefen Konsultationen ein.⁹⁷ Der Frankfurter Philosoph und Soziologe Max Horkheimer meinte, die Öffentlichkeit sei verärgert und könne nicht verstehen, weshalb sich die israelische Kampagne ausgerechnet gegen Deutsche richte. Andere Intellektuelle äußerten

⁹⁵ Aufzeichnung für den Staatssekretär vom 27. 5. 1963, PA, B36, 84.02, 90.35, IB4, Nr. 16.

⁹⁶ Kopien dieser Briefe im ACDP, I-200-006/IV.

⁹⁷ Vermerk vom 29. 3. 1963, BArch, N 1239/16; H.G. Ritzel an den Vorstand der SPD-Fraktion vom 25. 3. 1963, AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Akte Nr. 1020; AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 133, S. 431-437.

die Ansicht, daß Deutschland nicht zur Produktion von Massenvernichtungswaffen beitragen dürfte.⁹⁸

Am 27. März 1963 bestritt die Bundesregierung in einer offiziellen Presseverlautbarung jede deutsche Beteiligung an der Entwicklung oder Produktion von ABC-Waffen und verurteilte die Beteiligung von Bundesbürgern an der Entwicklung von Waffen im Ausland. Überdies verpflichtete sie sich, für die Rückkehr der deutschen Wissenschaftlern in Ägypten in die Bundesrepublik zu sorgen. Untersuchungen zur Lösung des Problems seien bereits im Gange. Böhm brachte eine Gesetzesvorlage ein, die Aktivitäten wie jene in Ägypten verbieten sollte, und warb dafür um breite politische Unterstützung.

Die Veröffentlichung von Böhms Vorlage führte jedoch zu Protesten in Politik und Öffentlichkeit. Wissenschaftler äußerten Zweifel an der Machbarkeit und Effektivität eines solchen Gesetzes. Das Gesetz, befürchteten die Wissenschaftler, könnte die Ausübung ihres Berufes erschweren sowie ihre Reise- und Schaffensfreiheit beschränken. Deutsche Wissenschaftler seien in vielen Ländern tätig und nähmen auch an der Forschung im Rahmen der NATO teil. Es sei zudem, so die Wissenschaftler, schwierig zwischen der Forschung für friedliche und für militärische Zwecke zu unterscheiden. Die Teilnahme deutscher Wissenschaftler an fortgeschrittenen wissenschaftlichen und technologischen Projekten sei für den Fortschritt der deutschen Wissenschaft unerlässlich. Ein solches Gesetz würde Forschungspartner wie Frankreich und die USA von einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik abschrecken, wovon nicht zuletzt auch die israelische Akademie betroffen würde. Zur Bekräftigung der Argumente aus dem wissenschaftlichen und industriellen Bereich wurden auch politische und juristische Gründe genannt: Das Grundgesetz garantiere das Recht auf freie Berufsausübung sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß bereits Artikel 26 des Grundgesetzes die Beteiligung von Bundesbürgern an der Entwicklung von ABC-Waffen verbiete, was aber in der Praxis nur schwer durchzusetzen sei. Es dürften keine Gesetze verabschiedet werden, die gegen andere Staaten gerichtet seien und gegen die deutsch-arabische Freundschaft verstoßen würden, hieß es. Die Gesetzesvorlage nehme keine Rücksicht auf die internationale und diplomatische Realität.⁹⁹ Die Kritiker wiesen besonders auf die Reise- und Forschungsfreiheit hin, die es zu achten gelte, solange sich Bundesbürger nicht bewiesenermaßen an der Entwicklung von ABC-Waffen beteiligten. Dieser Nachweis, daß ein Bürger, der im Ausland seinen Lebensunterhalt verdiene, gegen das Gesetz verstoße oder gar ein Verbrechen begangen habe, sei aber außerordentlich schwierig. Demgegenüber würde sich ein Gesetz, das deutschen Wissenschaftlern verbiete, für andere Staaten zu arbeiten, fatal auf die deutsche Wissenschaft auswirken und die persönliche Freiheit beschneiden.

Die Untersuchung der israelischen Vorwürfe wegen der Entwicklung von ABC-Waffen mit bundesdeutscher Beteiligung förderte nichts zutage. Es konnte weder die Ausfuhr von strahlenden Substanzen noch die aktive Herstellung von

⁹⁸ Max Horkheimer an Simon Segal vom 8. 4. 1963, YIVO, AJC, RG-1, EXO-20, JSX 63.

⁹⁹ Horkheimer an Segal vom 18. 4. 1963, YIVO AJC, RG-11, EXO-20, JSX 63; Hagner an Kopf vom 17. 4. 1963, ACDP, I-200-006/IV; AAPD 1963, Bd. 1, Dok. Nr. 173, S. 562-64.

biologischen oder chemischen Waffen festgestellt werden. Wiederholte Nachfragen um Beweise bei israelischen Stellen wurden mit der Begründung zurückgewiesen, es handle sich um geheimes Material und die Informationsquellen könnten nicht preisgegeben werden. Auch die Amerikaner dementierten Behauptungen, wonach Ägypten Nuklearwaffen besitze oder in der Lage sei, solche herzustellen.¹⁰⁰ Die angebliche Entwicklung von ABC-Waffen in Ägypten war auf internationaler Ebene schon bald aus den Schlagzeilen verschwunden. Nur die innenpolitische Szene in Israel beschäftigte sie weiter.

Am 3. Mai 1963 wurde Franz Böhm vom Bundesjustizministerium über die Zurückstellung seiner Gesetzesvorlage unterrichtet.¹⁰¹ Ein entsprechender Vorstoß habe durch die drei großen Fraktionen im Bundestag zu erfolgen, hieß es. Böhm war unzufrieden mit diesem Vorschlag, vor allem auch im Hinblick auf Ben Gurions schwierige politische Lage. Er wußte, daß ein Gesetz gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten den israelischen Ministerpräsidenten politisch retten könnte. Doch die rasche Verabschiedung eines solchen Gesetzes war unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Die bürokratischen Hürden, die diesem Vorstoß in den Weg gelegt wurden, riefen in Israel großen Unwillen hervor und schwächten Ben Gurion noch zusätzlich. Die Opposition in der Knesset schimpfte, daß jede weitere Woche der Verzögerung das ägyptische Raketenarsenal weiter anwachsen lasse. Inzwischen warb die proisraelische Phalanx in der Bundesrepublik um Unterstützung im Bundestag, in den Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten und in der Öffentlichkeit. Doch die Bundesregierung ließ sich davon nicht beeindrucken, wie der israelische Diplomat Zeev Scheck auf einer Sitzung des politischen Komitees der israelischen Gewerkschaft Histadrut feststellte.¹⁰²

Am 28. Juni 1963 stimmte der Bundestag für eine Vorlage, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, durch den die Beteiligung Deutscher an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen unterbunden werden konnte. Die Debatte über den Entwurf ging mit reger Beteiligung mehrerer Ministerien weiter.¹⁰³ Nachdem die Vorlage sämtliche Hürden überwunden hatte, scheiterte sie am 11. Dezember 1963 jedoch schließlich im Kabinett.¹⁰⁴ Erhard, zu jener Zeit bereits Kanzler, erklärte vor der Presse, eine Untersuchung habe ergeben, daß am ägyptischen Projekt nur zwei Wissenschaftler mit NS-Vergangenheit beteiligt seien. Die Verabschiedung eines Sondergesetzes sei deshalb nicht gerechtfertigt. Dennoch sprach sich die Bundesregierung für ein Gesetz aus, das die Behörden dazu ermächtigen würde, Pässe von Wissenschaftlern, die sich weigerten, einem Rückruf zu folgen, für ungültig zu erklären. Die Ausarbeitung dieses Sondergesetzes wurde dem Bundesinnenministerium aufgetragen, das auch Shinnar dahingehend informierte.¹⁰⁵

¹⁰⁰ Ausführlicher Bericht von E. F. Shinnar vom 2. 10. 1964, ISA, 3533/1.

¹⁰¹ Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

¹⁰² Protokoll der Sitzung des Politischen Komitees der Histadrut vom 7. 6. 1964, ILA, Group 219/IV, File 87b.

¹⁰³ Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Westeuropaabteilung an das Ministerbüro betr. Bundesrepublik Deutschland – Wissenschaftlergesetz – das Vorgehen vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

Dieser Regierungsbeschluß leitete eine neue Konsultationsrunde ein – und machte alle bisherigen Anstrengungen zunichte. Führende Regierungsvertreter waren gegen dieses Gesetz.¹⁰⁶ Am 22. Juni 1964 bat Adenauer von Brentano, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in dieser „Angelegenheit wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Politik der Bundesregierung“ zu sprechen.¹⁰⁷ Eine Kopie des Briefes wurde dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Erich Mende, zugestellt.¹⁰⁸ Böhm's Aktivitäten und die enge Zusammenarbeit mit der SPD waren diesen Politikern offensichtlich ein Dorn im Auge. Die Sozialdemokraten legten Wert darauf, die Aktivitäten der Wissenschaftler in Ägypten zu unterbinden. Sie verfolgten die ungute Stimmung in Israel mit Sorge und drängten zum Handeln.¹⁰⁹ Und selbst im Auswärtigen Amt wurden die emotionalen Ausbrüche in Israel mit Besorgnis vermerkt.¹¹⁰

Wissenschaftlerkreise warnten dagegen weiter vor einer Beschneidung der Bewegungs- und Forschungsfreiheit. Die Nachteile eines solchen Gesetzes würden die Vorteile überwiegen, wurde argumentiert.¹¹¹ Der arabische Druck zeigte insofern Wirkung, als er den Enthusiasmus der Bundestagsabgeordneten im Hinblick auf die Verabschiedung eines „Ägypten-Gesetzes“ sichtlich dämpfte. Adenauer, von Brentano, Schröder und andere Spitzenpolitiker spielten offensichtlich ein Doppelspiel. Einerseits arbeiteten sie mit Böhm und anderen Befürwortern des Rückrufs der Wissenschaftler aus Ägypten zusammen. Andererseits konnten sie die zu diesem Zweck unternommenen Schritte nicht vorbehaltlos billigen und boten alle Kräfte auf, um das Gesetzgebungsverfahren in dieser Sache zu untergraben. Shinnar wurde natürlich nur eine Seite präsentiert.¹¹² Die Gesetzesvorlage erschien den bundesdeutschen Parlamentariern schädlich für die nationalen und politischen Interessen der Bundesrepublik. Man war der Meinung, dasselbe Ziel auch mit subtileren Mitteln erreichen zu können.

Der Vorschlag der Annullierung von Reisepässen stellte sich schnell als unpraktikabel heraus. Er habe vor Gericht keinen Bestand und lasse sich zudem leicht umgehen.¹¹³ Der anhaltende israelische Druck in der Wissenschaftlerfrage wurde von den bundesdeutschen Behörden als lästig und vor allem auch als unfair empfunden, da er sich vor allem gegen Deutsche richtete, während etwa Österreicher und Schweizer nicht behelligt würden. Auf der Diplomatenkonferenz vom 20. und 21. April 1964 warnte der bundesdeutsche Botschafter in Kairo vor einer offiziellen Anerkennung der DDR durch Ägypten, falls Schritte unternommen würden, die der ägyptischen Rüstungsindustrie Schaden zufügen könnten. Zudem

¹⁰⁶ Briefwechsel zwischen Adenauer und v. Brentano, BAArch, N 1239/16.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Mitteilung der SPD-Fraktion vom 26. 6. 1964, AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Internationale Beziehungen, Akten Nr. 2692 und 2693; Vermerk über die Besprechung mit Erhard vom 7. 10. 1964, AdsD, Nachlaß Erler, Akte Nr. 128.

¹¹⁰ AAPD 1964, Bd. 3, Dok. 437, S. 1515.

¹¹¹ Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Hans Lenz an Böhm vom 27. 6. 1964, ACDP, I-200-006/IV.

¹¹² Westeuropaabteilung an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

¹¹³ Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

könne Nasser sich dazu entschließen, die Interessen der Bundesrepublik auf der nächsten Konferenz der Blockfreien nicht mehr in dem Umfang zu verteidigen, wie er es auf der letzten Konferenz getan habe. Die Warnungen zeigten Wirkung: Die Bundesregierung legte den verschiedenen Institutionen nahe, „nichts zu überstürzen“.¹¹⁴

Doch die israelische Seite hielt hartnäckig an ihrer Haltung fest. Am 16. September 1964 richtete Eschkol ein Schreiben in dieser Angelegenheit an Erhard. Erhard versprach erneut, sich um eine Lösung des Problems zu bemühen.¹¹⁵ Die Erlösung kam schließlich aus unerwarteter Richtung: Das Raketenforschungsprogramm war eines der ersten Opfer von Kürzungen im ägyptischen Staatshaushalt. Auch die Wissenschaftlergemeinschaft zog sich, von der ständigen Publizität irritiert, von den israelischen Terroraktionen verängstigt und von der Bundesregierung unter Druck gesetzt, allmählich aus Ägypten zurück. Mit Unterstützung der Behörden und der westdeutschen Industrie gelang es, heimkehrenden wissenschaftlichen Fachkräften neue Stellen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Ein Teil der Rückkehrer fand in anderen Ländern Arbeit. Am 15. Februar 1965 wurde berichtet, daß die meisten deutschen Wissenschaftler Ägypten verlassen hätten.¹¹⁶ Die Krise war beigelegt.

Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten war ein klassischer Fall von Mißtrauen und Deutscheindlichkeit der jüdischen Seite, die, in Israel zu nationaler Paranoia gesteigert, von einigen Politikern in zynischer Weise mißbraucht wurde. In der Bundesrepublik stießen solche Phobien auf wenig Verständnis. Während man auf deutscher Seite nicht einsehen konnte oder wollte, was die Geschäfte in Ägypten mit der Vergangenheit zu tun haben sollten und weshalb sich Israel so dagegen sperrte, weigerte sich die jüdische Seite zu glauben, daß es den Deutschen in Ägypten nur ums Geld gehe. Die Krise zeugte vor allem von mangelndem Einfühlungsvermögen und von der fehlenden gegenseitigen Verständigung.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ HAARETZ (Tel Aviv) vom 16. 10. 1964.

¹¹⁶ POLITISCH SOZIALE KORRESPONDENZ (Frankfurt/M.) vom 15. 2. 1965.

